

PROTOKOLL

über die 38. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 30. November 1995, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER:

Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil, Anna Jeloucan, Engelbert Lengauer, DI Frank Mundorff

STADTRÄTE:

Helmut Oberreiter, Gerhard Bremm, Walter Oppl, Roman Eichhübl, Hans Payrleithner, Karl Holub, Mag. Harald Philipps, Ing. Othmar Schloßgangl, Edith Radmoser, Ing. Dietmar Spanring, Hermann Rupprechter, Leopold Tatzreiter, Dr. Tilman Schwager, Walter Strobl, Marco Vanek

GEMEINDERÄTE: VOM AMT:

Kurt Apfelthaler, MD Dr. Kurt Schmidl, Hermann Bachner, OMR Mag. Helmut Golda, Felicitas Bauer, OAR. Walter Kerbl, Günther Fürweger, Walter Gabath

PROTOKOLLFÜHRER:

Richard Gollatsch, OAR. Anton Obrist, Hans-Dieter Götz, Heidi Wagner, Engelbert Huber, Klaus Jansky

T a g e s o r d n u n g

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer.
2. Behandlung von allfälligen Anfragen
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS
5. Verhandlungsgegenstände
6. Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates

gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei.

V e r h a n d l u n g s g e g e n s t ä n d e

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

- 1) Ha-147/93 Beitritt zum Verein zur Förderung von Telekommunikationsanwendungen in der Region Steyr-Kirchdorf
- 2) Fin-196/95 Lingtos HandelsGesmbH, Ennser Straße 41, 4407 Steyr-Gleink, Gewerbeförderung.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR.
LEOPOLD PFEIL:

- 3) Fin-180/95 Kultur- und Theaterverein AKKU; Ansuchen um a.o. Subvention.
- 4) VH-6038/90 Weihnachtsausstellung 1995; Festsetzung der Eintrittspreise.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GERHARD BREMM:

5) ÖAG-42/94 Ankauf einer Teilfläche der Parzelle 397/11, KG. Christindl, von Herrn DI. Hermann Proyer.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL HOLUB:

6) Fin-198/95 Österr. Gesellschaft für Eisenbahngeschichte Steyrtal Museumsbahn; Renovierung der Steyrtalbahn-Bogenbrücke; Subventionsansuchen.

7) BauH-155/95 Alten- und Pflegeheim Tabor; Erneuerung Kunststoffensterlemente Kollerstraße - Giebelseite.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

8) BauH-65/95 Errichtung von Stützpfeilern zur Unterfangung der Stützmauer Schlüsselhofgasse beim Anwesen der Fam. Hack-Payrleithner, Fischergasse 9.

9) BauStr.-10/95 Ausbau der Gußwerkstraße BA VI von der Mannlicher Straße bis zur Voralpen-Bundesstraße; Grundeinlöse von der Steyr-Daimler-Puch AG.

10) BauStr.-11/95 Instandhaltung von öffentlichen Straßen.

11) Bau T-109/95 Instandhaltung von öffentlichen Kanälen.

12) BauGru-52/95 Bebauungsplan Nr. 46 - „Ennser Straße“ - Änderung Nr. 6 (GFM).

13) BauBrü-620/93 Neubau der Wiesenbergbrücke; Fuß- und Radwegunterführung Wiesenberg und Große-Fallen-Brücke; Freigabe zusätzlicher Mittel; Schlußrechnung.

14) Ha-6604/92 Aufschließung Sandmayrgründe; Änderung des Aufschließungsübereinkommens mit Herrn DI. Proyer.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

15) Fin-5/95 Übernahme von Haftungen für Darlehen des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung für die Bauabschnitte 09 - 19.

16) Fin-227/95 Übernahme von Haftungen für Wasserwirtschaftsfondsdarlehen des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung für die Bauabschnitte 01 und 04 - 08.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich eröffne die heutige Sitzung des GR. und begrüße sie sehr herzlich. Weiters begrüße ich herzlich die Vertreter der Presse und heiße auch eine Dame und einen Herren aus unserer Bevölkerung willkommen. Ich stelle fest, daß die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde, daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist, und daß mir als Protokollprüfer die Gemeinderäte Helmut Oberreiter und Klaus Jansky namhaft gemacht wurden. Die beiden Herren nehmen diese Funktion an.

Entschuldigt sind: Frau GR. Lohnecker, Herr GR. Brandstötter, Frau GR. Weixlberger, Herr GR. Rohrauer, Herr GR. Straßer, Herr GR. Spöck und Frau GR. Fuchs.

Es sind heute keine Anfragen vorhanden, daher brauche ich keine Beantwortung vornehmen. Zu den Mitteilungen des Bürgermeisters darf ich ihnen erfreulich berichten, daß wir im Begriff sind, einen neuen Rekord bei Gewerbeanmeldungen zu verzeichnen. Es ist höchsterfreulich und interessant, daß im Vorjahr, nach Abzug der Abmeldungen und Standortverlegungen aus Steyr, insgesamt beachtliche 100 zusätzliche neue Gewerbebetriebe und Gewerbeberechtigungen registriert wurden. Heuer haben wir schon bis September weitere 100 solcher Gewerbeneuanmeldungen. Konkret wurden bis Ende September 1995 schon 149 Gewerbeneuanmeldungen vorgenommen, 35 weitere Betriebsstätten angemeldet, sowie nicht weniger als 44 Standortverlegungen nach Steyr vorgenommen. Dem gegenüber standen 126 Gewerbeabmeldungen, sowie lediglich 4 Standortverlegungen von Steyr weg. In Summe bedeutet dies einen Nettozuwachs von rund 200 Gewerbeneuanmeldungen innerhalb von nicht einmal 2 Jahren. In dieser überaus positiven Entwicklung im Gewerbebereich, sehe ich eine Bestätigung für die doch wieder deutlich gestiegene Attraktivität des Wirtschaftsstandortes. Man kann natürlich sagen, daß es sich dabei überwiegend um kleine Betriebe handelt, sowie auch Betriebe aus der Gastronomie, aber immerhin sind es Betriebe, die doch zumindest 2, 3, 4 od. mehr Beschäftigte haben. Das ist ein sehr positives Zeichen und läßt uns hoffen, daß diese schwierige Umstrukturierungsphase, die natürlich noch nicht beendet ist, ich meine diese in der Industrie, und besonders auch bezogen auf die mögliche Übernahme des Restes der Steyr-Daimler-Puch durch das fernöstliche Unternehmen DAEWOO. Das beunruhigt natürlich die Leute zurecht, weil Unsicherheit immer das Schlechteste ist. Es ist nur so, das sollte vielleicht auch einmal in diesem GR. erörtert werden, daß dort doch, bei einem Umsatz von nur etwas mehr als 1 Milliarde Schilling pro Jahr, rund 250 Millionen Verlust geschrieben wird. Es hängt natürlich nicht nur mit schlechter Leistung oder schlechtem Management zusammen, sondern natürlich mit dem Umstand, daß, zum einen aus der EU, zum anderen aber auch im ehemaligen Ostblock, gerade landwirtschaftliche Produkte, Lebensmittel etc. hier billig auf den österr. Markt hereinkommen, die Bauern auch verunsichert sind und kaum investieren. Es zeigt sich, daß das keine Einzelercheinung von Steyr ist, sondern auch an der Tatsache und dem Umstand, daß das sehr traditionsreiche Traktorherstellungsunternehmen Klöckner-Humboldt-Deutz in Konkurs gegangen ist und vom italienischen Hersteller Same übernommen wurde, daß der Schweizer Hersteller Hürlimann und der italienische Hersteller Lamborghini ebenfalls hier von Same übernommen wurden, und daß der Paradehersteller von Traktoren in Europa das absolute Spitzenprodukt, ungefähr vergleichbar in der Qualität mit dem Steyr-Traktor, nämlich der Hersteller Fendt, auch nur mehr die Hälfte seiner Stückzahlen produziert, nämlich rund 7000. In einem Zeitraum von 3 Jahren hat sich das alles so reduziert. Wenn man hier diese Gesamtsituation global betrachtet, muß jedem, der sich mit Wirtschaft beschäftigt und in der Branche sich einigermaßen auskennt, klar sein, daß diese Entwicklung so nicht fortgeschritten werden kann, wenn ein Viertel des Umsatzes als Verlust ausgewiesen ist, und wenn sich keine Perspektiven zeigen, z.B. durch Bildung einer europäischen Traktor-Union, was dieses Unternehmen längere Zeit versucht hat. Jedenfalls wird hier unter neuen Vorzeichen gesucht werden müssen, wie es weiter geht für uns als Stadt, und auch im Interesse der dort Beschäftigten scheint mir am wichtigsten zu sein, daß dieser Standort erhalten bleibt. Die Chancen sind vorhanden. Wie konkret sie sind, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gesagt

werden. Das müßten in erster Linie die Übernehmer eben uns sagen können, und nicht die Verkäufer. Das Problem dabei ist, daß das offensichtlich noch nicht weit genug ausverhandelt ist. Die Vorstellungen gehen in die Richtung, daß ein Entwicklungszentrum errichtet werden soll, mit einem Beschäftigungsstand, wo rund 300 Ing. und weitere 300 - 400 Spitzenfacharbeiter dort auch beschäftigt sein könnten. Das wäre etwa ein Personalstand, der um rund 200 unter dem liegt, was bei SAT jetzt beschäftigt wird. Ich habe in dieser Angelegenheit auch mit dem Generaldirektor Dr. Streicher gesprochen, der mir diese Dinge mitgeteilt hat. Ich habe ihm gesagt, daß, vor allen Dingen für uns in dieser Stadt und für die Beschäftigten dort, wichtig ist, daß es neben dem Entwicklungszentrum auch eine Produktionslinie geben soll. Es wurde hier mitgeteilt, daß man sich das auch vorstellen kann. Es soll nämlich so sein, daß die Koreaner sich einen Brückenkopf in Europa wünschen, und daß sie zum zweiten hier vom Ensemble, also andere Produkte auszumontieren, in Korea weggehen wollen und eigene Produkte erzeugen wollen. Dazu brauchen sie das Know-how von Fachkräften, wie sie bei uns in der Stadt, in unserer Region vorhanden sind. Das ist eigentlich bereits wieder ein Kompliment für uns. Wenn diese Schiene auch noch errichtet werden könnte, daß nämlich hier auch eine Produktion von Getrieben in einem Ausmaß von mehreren 10.000 Stk. erfolgen würde, dann könnte das eine neue Zukunft sein für diesen Standort. Es ist aber für die Beschäftigten äußerst schwierig, mit dieser Verunsicherung zu leben. Aber wir alle wissen, daß solche Übernahmeverhandlungen eben zunächst doch in einem etwas vertraulichen Kreis geführt werden - manches ist darüber in den Medien zu lesen gewesen - , daß es aber, für uns als Stadt und für die Beschäftigten von Bedeutung ist, daß also auch hier eine neue Zukunft für diesen Standort gefunden wird. Dann könnte es durchaus wieder aufwärts gehen und positiv werden. Dann wäre diese gewaltige Umstrukturierung in diesem Traditionsbetrieb „Steyr-Daimler-Puch“ mit diesem letzten Akt abgeschlossen, und es könnte hier durchaus wieder auch zu einer recht positiven Entwicklung kommen. Bei den bisherigen Bereichen, die hier installiert wurden, von BMW begonnen bis hin als Paradebetrieb zu SNF, aber auch bei SKF, ist dieser Prozeß passiert. Die Betriebe sind alle konsolidiert, alle 3 befinden sich in einer Gewinnzone, BMW in einer recht ansehnlichen, wie wir alle wissen.

Das wollte ich bei dieser Gelegenheit zu dieser Entwicklung sagen.

Weiters ist sehr positiv, daß unser Jugendliteraturpreis sehr angesprochen wird. Wir haben hier einen Preis, zusammen mit einem Unternehmen, ausgesetzt. Es ist hier so, daß 60 Arbeiten bis 2. November fristgerecht eingegangen sind, und daß man hier die Sichtung gegenwärtig vornimmt. Im Anschluß daran, wird hier eine Jury, unter dem Vorsitz von Julia Schutting, eben die Bewertung vornehmen. Es wird da auch ein „Hearing“ geben unter jenen, die in die engere Wahl gezogen werden. Sie werden nach Steyr eingeladen und im Rahmen einer Schlußveranstaltung, die im Frühjahr 1996 stattfinden wird, werden dann die Preisträger bekanntgegeben und auch die Preise überreicht.

Es gibt eine neue Geschäftsbereichsleiterin, die erste Frau im Kreis unter 7 Männern. Es ist die Frau Dr. Kolar-Starzer, die von mir nach der vorgeschriebenen Objektivierung nun offiziell ernannt wurde. Sie hat bereits über 1 Jahr interimistisch diesen Geschäftsbereich geleitet. Sie hat hier in dem recht umfangreichen und sensiblen Aufgabengebiet, Gewerbe, Betriebsanlagen, Umwelt, Wasser- u. Verkehrsrecht, wirklich eine ausgezeichnete Arbeit in diesem Jahr geleistet und ihre fachliche Qualifikation hinlänglich bewiesen. Ich freue mich, daß wir nun eine erste Frau im Kreis der Geschäftsbereichsleiter haben.

Im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung, gibt es eine neue Studie, die mir an sich eine etwas gespaltene Entwicklung zeigt. Zum einen eine positive Entwicklung, aber auch befürchtend, daß hier, im Baubereich, Einbrüche erfolgen werden. Positiv ist, daß diese letzte Studie des österr. Institutes für Wirtschaftsforschung ein Ansteigen der Ertragsanteile um 6 %, gegenüber dem IST-Aufkommen 1995-Probezeit. Ich hoffe, daß diese Werte auch wirklich eintreffen. Man weiß, daß das bei Prognosen nicht immer genau ist.

Eine Mitteilung möchte ich noch machen, weil hier in der Öffentlichkeit doch einige - aus meiner Sicht jedenfalls - nicht zutreffende Meldungen das Budget der Stadt Steyr betreffend, aufgesetzt wurden, was seine Beschlußfassung terminlich anbelangt. Ich möchte feststellen, daß gerade im Hinblick auf die Erfahrungen des vergangenen Jahres, hier sehr frühzeitig auf Beamtenebene dieses Budget sehr intensiv vorbereitet wurde, daß wir uns schon im Sommer, im Kreis der Stadtsenatsmitglieder, ergänzt um den Fraktionsvorsitzenden der GAL-Fraktion, intensiv darüber unterhalten haben, daß wir anfangs Oktober eine 2-tägige Klausur zum Budget durchgeführt haben, die wir das erstemal moderieren ließen, was sich eigentlich sehr bewährt hat, wie ich meine. Es ist so gewesen, daß wir zeitlich leicht in der Lage gewesen wären, dieses Budget termingemäß, wie üblich, im Dezember, zu beschließen. Daß es aber ein Wunsch der ÖVP-Fraktion gewesen ist, sich doch etwas Zeit zu lassen - man bräuchte Zeit, um das ausführlich zu beraten, weil das Budget zustande zu bringen, ist alles andere als leicht, jedoch zeitlich hätten wir es leicht geschafft. Es werden die Probleme bis Jänner nicht kleiner werden. Es hat sich diesem Wunsch der ÖVP-Fraktion auch die F-Fraktion angeschlossen. Eine Fraktion alleine, kann das Budget in unserer Konstellation ohnehin nicht beschließen.

ZWISCHENRUF VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir haben uns nicht dem Wunsch angeschlossen, wir haben gesagt, uns ist es egal. Wir können damit leben, haben wir gesagt, aber gut ist es für Steyr nicht!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Einvernehmlich! Es sind ja die Zeugen am runden Tisch. Einvernehmlich haben wir beschlossen, daß wir hier, vielleicht auch im Hinblick auf die Hektik, die sich aus der Nationalratswahl-Auseinandersetzung ergibt, in der ersten Jännerhälfte einvernehmlich festgelegt, beschließen werden. Ich lege nur Wert darauf, meine Damen und Herren, daß es kein Versäumnis des Finanzreferenten oder der Beamtenschaft ist, daß wir dieses Mal erst in der ersten Jännerhälfte das Budget beschließen. Ich betone noch einmal, daß es eine einvernehmliche Feststellung gewesen ist, weil sonst könnte vielleicht doch beim einen oder anderen ein falscher Eindruck entstehen.

Zum Arbeitsmarkt kann ich noch ganz kurz mitzuteilen, daß sich hier im Bezirk Steyr, Ende Oktober, der Personenkreis, der als arbeitssuchend vorgemerkten Personen, mit dem Vergleichsmonat des Vorjahres, um 428 Personen vermindert hat. Das sind immerhin beachtliche 13,6 %, und damit beträgt die Arbeitslosenquote leider noch immer viel zu viel, und zwar 6,5 %. Es zeigt sich also, daß hier im Jahresdurchschnitt doch eine Reduzierung der Arbeitslosenzahlen von rund 2 % feststellbar ist. Das heißt also; Alle Bemühungen zusammen wirken offenbar doch positiv, und ich möchte auch allen herzlich danken, die sich in diesem Bereich besonders bemüht haben. Es scheint also, daß die gemeinsamen Bemühungen, aber auch die geschilderte wirtschaftspolitische Entwicklung, auch in Steyr ihre positiven Stimmen hinterläßt.

Meine Damen und Herren, das wären die Mitteilungen des Bürgermeisters gewesen. Unter Punkt 4) ersuche ich sie, die Beschlüsse des Stadtsenates, die mit den Gemeinderatsunterlagen zugegangen sind, zur Kenntnis zu nehmen, gehe zum Tagesordnungspunkt 5) und gebe den Vorsitz an die Frau Vizebürgermeisterin Mach ab.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte den Herrn Bürgermeister um seinen Bericht.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR. Mein Antrag Nr. 1 beschäftigt sich mit dem Beitritt zum Verein zur Förderung von Telekommunikationsanwendungen in der Region Steyr-Kirchdorf. Etwas sehr neues, nicht nur in Österreich, sondern auch in Europa. Manche sind unterschiedlicher Meinung, ob das so positiv ist oder nicht. Die Fachleute meinen, daß sich unsere Welt, unser Leben, unsere Art zu Arbeiten, gewaltig ändern wird an dieser Schwelle zum dritten Jahrtausend. Daß vieles anders laufen wird, und daß viele unserer Handlungen völlig anders sein werden und unser Leben bestimmen werden. Die Kinder werden das spielerisch erlernen. Es muß aber auch zeitgerecht, hier gerade für die Wirtschaft, geplant und mit massiven Einsätzen auch umgesetzt werden. Es geht eigentlich darum, hier eine Vernetzung mit den neuen Möglichkeiten der Telekommunikation in 3 politischen Bezirken, nämlich Bezirk Steyr-Stadt, Bezirk Steyr-Land und Bezirk Kirchdorf, herbeizuführen. Mit diesem Projekt, das gestern Herr Bundesminister Klima als ein Pilotprojekt in Österreich bezeichnet hat, glauben wir, daß wir mit der Nase einmal an der Entwicklung ganz vorne sind. Es gibt nur in Schweden ein vergleichbares Projekt. Es soll hier nicht nur den Gemeinden dienen oder den Industrieunternehmungen, sondern auch der mittelständischen, der kleinen Wirtschaft. Vor allen Dingen bis hin auch zum Fremdenverkehr, bis hin zur Landwirtschaft. Man kann sich vorstellen, ich verwende es sehr gerne, weil es bildlich ist, dieses Argument, daß auch in einer Zeit, wo es die Landwirtschaft wirklich nicht leicht hat, z.B. die Ab-Hof-Vermarktung, der dort erzeugten Produkte, dadurch auch positiv beeinflusst werden kann, weil es die Steyrer eben interessiert, wo es einen guten Schafkäse gibt, vielleicht in Großraming oder in Maria Neustift. Es ist hochinteressant...

Ja; Herr Dr. Pfeil, mit dem haben sie sich beschäftigt. Es ist hochinteressant; z.B. für den Fremdenverkehr, für die Tourismuswirtschaft. Das leuchtet natürlich noch besser ein, wenn hier der Gastwirt; der Beherbergungsbetrieb eben; wenn er erfährt, daß hier seine Kunden abreisen, eben nur auf den Computerknopf zu drücken braucht und der Fremdenverkehrsverband in Steyr ist darüber informiert, daß dort 2 Zimmer frei werden, und daß er diese ab sofort vermitteln kann. Es wird das Briefmarkenschlecken ein Ende haben. Es wird hier einen On-line Verkehr zwischen den Betrieben, den Kommunen geben und man wird hier auch Geschäfte abwickeln können, ganz automatisch auf diesem Weg. Es ist nicht nur so, daß hier ein Verein in die Welt gesetzt wurde, der hier sich mit futuristischen Überlegungen beschäftigt, sondern die Dinge sind so konkret geplant und entwickelt worden, daß wir hier jetzt in der Umsetzungsphase sind. Diese Umsetzungsphase wird hier mit großem Interesse von Wirtschaftsunternehmungen unserer Region registriert und nicht nur registriert, sondern sie sind bereit, diese Betriebe, hier in eine Gesellschaft einzusteigen. Es sind immerhin keine geringeren als Hauptgesellschafter: die Ennskraftwerke AG mit 45 %, die Raiffeisenbank, die Hypobank und die Österr. Post. Den Rest von 10 % wird hier dieser Verein TELEKOM, dem die Gemeinden aus drei politischen Bezirken angehören, und das FAZAT hier angehören und es wird damit sichergestellt, daß die Entwicklung auch bedarfsorientiert im Sinne unserer Region stattfindet. Alle glauben, daß das wirklich einen Sinn macht. Natürlich müssen wir dazu auch Mitglied sein und wir müssen hier, um diese Einlage in diese Gesellschaft vornehmen zu können, einen Beitrag zahlen. Dieser Beitrag soll hier S 40.000,-- im Jahr betragen. Im heurigen Jahr soll also einmalig ein Gründungsbeitrag von S 10.000,-- eben auch noch aufgewendet werden. Zu diesem Zweck soll also hier und heute eben eine Ausgabe von S 50.000,-- beschlossen werden. Die genannten Mittel sollen durch eine Kreditübertragung aufgebracht werden. Ich bitte sie, meine Damen und Herren, hier diesem Antrag ihre Zustimmung angedeihen zu lassen, damit es uns auf dem Sektor der Telekommunikation nicht so geht wie vielleicht vor 100 Jahren bei der Eisenbahn, wo man diese neue Entwicklung nicht richtig erfaßt hat. Wir sollten uns bemühen, diesmal von Anfang an dabeizusein und es wird hier -das darf ich vielleicht noch mitschicken - in 5 Jahren zu einem Aufwand von S 15 Mio. kommen, die von diesen Gesellschaften, die ich genannt habe,

aufgebracht werden. Der Verein TELEKOM, wo wir Mitglied sind, ist hier von einer Nachschußpflicht befreit und daher ist es für uns ein sehr kalkulierbares Risiko und ich meine, wir sollten uns bemühen, diese Chance zu nützen, zumal wir Ziel-2-Gebiet sind und daher diese Leistung billiger als anderswo anbieten können und zumal hier bereits die Ennskraftwerke, nämlich genau zufällig mit diesem Raum Steyr, Steyr-Land bis an die Steirische Landesgrenze und hinüber bis in den Raum Kirchdorf, Steyrtal, Kremstal, hier ihre Standleitungen, ihre infrastrukturellen Einrichtungen bereits vorhanden und investiert haben und diese unmittelbar genützt werden können. Ich glaube also, daß wir hier gut beraten sind, diesem Verein und dieser Gesellschaft, in weiterer Folge, beizutreten und mitzuwirken, daß diese neuen Möglichkeiten, die für die Wirtschaft wichtige Impulse bringen können, auch von uns rechtzeitig genützt werden können.

Mein Antrag lautet:

1) Ha-147/93 Beitritt zum Verein zur Förderung von Telekommunikationsanwendungen in der Region Steyr-Kirchdorf;

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 9. 10. 1995 wird dem Beitritt der Stadt Steyr zum „Verein zur Förderung von Telekommunikationsanwendungen in der Region Steyr-Kirchdorf“ (Verein TELEKOM) und der Leistung eines jährlichen Mitgliedsbeitrages in Höhe von S 40.000,-- zugestimmt.

Für das Jahr 1995 wird darüber hinaus der Leistung eines einmaligen Gründungsbeitrages von S 10.000,-- zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung von S 50.000,-- von der VASSt. 1/0150/403000.4 auf die VASSt. 1/2890/757100.3 genehmigt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke sehr. Wünscht dazu jemand das Wort? Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Frau Vizebürgermeisterin, Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Damit kein Irrtum aufkommt, ich bin selbstverständlich für das Wesen des regionalen Informationssystems, denn moderne Informationssysteme muß man nützen, ganz gleich in welchem Bereich man tätig ist, wenn man die Chance hat, soll man sich überlegen, ob das für einen, ganz gleich wo, nützt. Ich habe aber eine Frage an sie Herr Bürgermeister: Vor eineinhalb Jahren haben sie die Stabstelle für Presse und Öffentlichkeitsarbeit um einen weiteren Dienstposten besetzt und haben uns damals gesagt, wir brauchen diesen zweiten Posten jetzt so furchtbar dringend, weil eben die modernen Kommunikationsmöglichkeiten auf uns zukommen, insbesondere das RIS - das regionale Informationssystem. Hier soll der neue Mann tätig werden. Das war vor eineinhalb Jahren. Jetzt frage ich sie: „Ist dieser neue Mann hier tätig geworden oder ist er noch nicht tätig geworden?. Das ist das erste. Nun das zweite: Ich bin sehr froh, daß wir hier gleich im ersten Antrag..., daß ich hier eine Kleinigkeit beantworten darf auf ihre Budgeteinkleitung. Also, ich habe hier schon eine etwas andere Sicht der Dinge, weil sie haben hier eine Kritik

ZWISCHENRUFE

Ich bin bei der Sache. Wir haben hier im ersten Antrag eine Kreditübertragung bereits wegen S 50.000,--. Davon muß eine Kreditübertragung kommen. Das RIS war vor eineinhalb Jahren schon im Gespräch, war geplant, und da gab es keine Diskussion, ob wir das wollen, daß das 1995 kommt. D.h., warum wurde das nicht budgetiert. Wir haben in diesem Jahr eine Fülle von Kreditüberschreitungen und -übertragungen gehabt, wo wir gesagt haben, in dieser sehr langen Diskussion im Dezember letzten Jahres, das wollen wir alles nicht mehr tun. Wir wollen ein ehrliches, vernünftiges, überschaubares Budget haben. Wie laufend auch heute. Wir haben wiederum Kreditüberschreitungen. Jeder Gemeinderat spricht ja Bände dafür, daß diese Dinge nicht eingehalten worden sind. Wir haben auch vereinbart, daß wir bereits im Frühjahr beginnen, nicht nur eine Kritik auf das laufende Jahr zu machen, sondern daß wir das Budget 1996 sehr frühzeitig zu diskutieren beginnen. Wir haben eine Budgetklausur gehabt am 24. August. Da wurde aber nur berichtet bzw. diskutiert über das laufende Jahr. Sehr viel über das neue Jahr ging es nicht. Jedenfalls eines war man sich klar, einstimmig klar, daß man einen schriftlichen Entwurf erst nach Einigung nach der folgenden Budgetklausursitzung vorlegt. Und auch hier wiederum wurden die Vereinbarungen nicht eingehalten, denn das erste, was wir gesehen haben am 7. Oktober, war ein sogenannter - wie ich es genannt habe - sozialistischer Budgetentwurf, ein Beamtenentwurf, wo die Wünsche der sozialistischen Fraktion größtenteils eingearbeitet waren, und man hat versucht, wie in vergangenen Jahren, wieder die Wünsche über die Zustimmung zum Budget der anderen Fraktionen dann hineinzureklamieren. Auch noch Hr. Finanzstadtrat Zagler hat ja im Sommer uns geschrieben, daß wiederum unsere Budgetwünsche, wie in den vergangenen Jahren, bis 31. August vorzulegen sind und, und, und

Niemand hat sich daran gehalten, außer wir, soweit mir bekannt ist. Aber Hr. Zagler hat dann gesagt: „Aber das interessiert mich eh nicht mehr, heuer wird es ganz anders gemacht“. Es wurde nicht anders gemacht, sondern mir fehlen überhaupt die inhaltlichen Voraussetzungen für das Budget, die Vereinbarungen, die wir getroffen haben, und ich bin auch sehr froh, daß ein Moderator hier schon die Dinge sehr gut auf den Punkt gebracht hat, und daß wir uns hier, bei der letzten Klausursitzung, das erste Mal über die Rahmenbedingungen unterhalten konnten. Das erste Mal richtig, daß wir sagen: „Wie soll es gehen, wie kommen wir im nächsten Jahr mit unserem Budget aus“. Und zur Verschiebung - das ist richtig. Die ÖVP hat gesagt, wir wollen das Budget noch mehr diskutieren. Das ist richtig. Wir haben sehr wenig diskutiert, aber das liegt nicht an den Fraktionen, sondern am Finanzreferenten. Der muß zu den Gesprächen ja einladen. Wir haben gesagt, wir sind der Meinung, das gehört im Dezember beschlossen, aber wir haben nichts dagegen, wenn sie der Meinung sind, dann sind wir auch einverstanden, wenn es im Jänner dann besprochen wird. Nur bis jetzt fehlt aber auch wiederum von der letzten Klausurtagung bis zur nächsten Klausurtagung - übernächste Woche am Samstag - die Arbeit. Ich bin zu keiner einzigen Zwischensitzung eingeladen worden. Das einzige war ein Bericht von Herrn STR. Tatzreiter im letzten Stadtsenat, wo er gesagt hat, das eine Haus - die Promenade - können wir unter Umständen verkaufen. Also mir ist das ein bisserl zu wenig.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wenn das mit uns abgesprochen gewesen wäre, hätte ich meine Wünsche drinnen gehabt. Und ich glaube, es war das Frauenhaus nicht drinnen, was eigentlich in mein Sozialressort fällt, und sehr viele Sachen, was Soziales betreffen, waren nicht drinnen. Also kann das nicht mit uns abgesprochen gewesen sein, sonst wäre das drinnen gewesen.

Gibt es dazu noch eine Wortmeldung?

Auch ich habe den Beamtenentwurf vorher nicht gesehen.

Herr StR. Ing. Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Verehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich möchte grundsätzlich ein paar Worte zum Verein TELEKOM sagen, um den es ja jetzt beim Antrag geht. Wir sind natürlich dafür und sind froh, daß es diese Gründung gibt. Ich glaube, es ist ein erster Schritt für den Daten-Highway in OÖ und speziell hier in unserem Bezirk Kirchdorf und Steyr. Wir alle wissen, daß diese Errichtungs- und Betriebsgesellschaft am Anfang Anfangsverluste hinnehmen wird müssen. Ab 1998 soll sie positiv sein und soll ab 1999 rund S 6 Mio. erwirtschaften. Im schlechtesten Fall, wenn diese Lösung nicht aufgeht, dann ist daran gedacht, daß man den Verein um S 1,-- TELEKOM anbietet. Es ist schon gesagt worden, daß die verschiedenen Gesellschafter hier eine sehr gute Infrastruktur haben. Vor allem die Ennskraftwerke, aber auch die Banken, die einen Großteil des Netzes ja betreiben. Speziell die EKW im Ennstal. Ab 1999 wird es keine Monopolstellung bei der Post mehr geben. Ich glaube, es ist ein Angebot, daß man mit RIS oder mit dieser TELEKOM Gesellschaft viel schneller und viel besser beim Endkunden sein wird können.

Ganz kurz ein paar Anmerkungen zur Budgetgeschichte. Es ist richtig, daß wir verlangt haben, daß das ganze Budget ordentlich diskutiert werden kann. Es ist viel zu wenig Zeit, wenn im Dezember dieser Budgetgemeinderat stattfinden würde. Zur Vorgangsweise muß man schon sagen, daß wir einstimmig eigentlich den Beschluß gefaßt haben, im Jänner die Budgetsitzung abzuführen. Zu den Vorgaben möchte ich eines sagen: Wir haben immer verlangt von Beginn an den o. H. ohne Rücklagenentnahmen zu eliminieren und im a.o. H. keine Neuverschuldung zuzulassen. Es wird nicht ganz leicht werden. Speziell auch im a.o. H. Wir haben zwar in dieser Runde mit dem Moderator die Möglichkeiten gefunden und haben den a.o. H. abgespeckt auf unter S 120 Mio., man wird aber trotzdem schauen müssen, daß auch die Bereiche der Wirtschaft nicht ganz unter die Räder kommen, denn in Zeiten wo die Konjunktur zurückgeht, hat die öffentliche Hand auch eine Verpflichtung, einen gewissen Teil der Wirtschaft anzukurbeln. Darüber müssen wir reden, und worüber wir besonders reden müssen, wird auch der o. H. sein, hier Einsparung zu treffen, daß die Vorgaben eingehalten werden können. Bis jetzt können sie es nicht. Man hat sich damals auf eine Präliminarie von rund S 938 Mio. geeinigt, im Wissen, daß offiziell nur S 908 Mio. an Einnahmen zu verzeichnen sein werden. Die Begründung für dieses höhere Präliminarie für einen o. H. war, daß das so vorsichtig geschätzt sei, daß ja viel, viel mehr Einnahmen kommen werden. Ob das der Fall ist, wage ich zu bezweifeln. Ich glaube nicht, daß diese kommen. Das hieße, daß dann diese S 938 Mio. oder S 936 Mio. nicht realistisch sind, und sich der o. H. auf diese S 908 Mio. wird reduzieren müssen. Es sind aber auch noch zum Budget verschiedene Forderungen aus dem Jahre 1994 offen, die wir damals in der Budgetsitzung beschlossen haben. Das ist für uns sicherlich eine Voraussetzung, wenn alles andere glattgehen sollte, für eine positive Zustimmung zum Budget.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke sehr. Nächster Herr StR. Karl Holub.

STADTRAT KARL HOLUB:

Nachdem wir ohnehin falsch kommunizieren...

Nicht über die Telekommunikation, sondern über das Budget möchte ich noch eine Ergänzung zu dem sagen, was Hr. Ing. Schloßgangl gesagt hat. Wenn der Stadtsenat in seiner letzten Klausurtagung am zweiten Tag, an dem ich auch dabei war, über meinen Wunsch festgelegt hat, die Budgetsitzung zu verschieben, so hat das eine sehr tiefe Ursache. Nämlich die, daß es zunächst einmal gegolten hat, das für das Erhalten des Systems Erforderliche zu definieren, d.h. die Gebäude instandzusetzen, die Betriebsmittel zur Verfügung zu stellen, die nötigen Reparaturen vorzunehmen und zugesagte und verbindliche Projekte teilweise weiter- oder anzufinanzieren. Das ist in der Aufbereitung so nicht auf dem Tisch gelegen, und es war dann diese Klausurtagung damit zu Ende, also am hohen Mittag, daß man gesagt hat, die Geschäftsbereichsleiter mögen die Klausur fortsetzen und aus ihrer Mitte die Auflagen jetzt mit Zahlen unterlegen. Nämlich das, was die Stadt braucht um sich selbst Instandzuhalten. Was ist jetzt unerlässlich an Geldern notwendig, um Begonnenes fortzusetzen? Was brauchen wir an Geldern, um kaputte Dächer und Häuser zu reparieren, damit die Substanz nicht gefährdet wird? Setzen wir jetzt einmal alle neuen Projekte nicht in diese Kalkulation, um hier konkret, einmal kaufmännisch normal, also richtig, Entscheidungen in die Wege zu leiten. Das war der Hergang der Klausursitzung. Über die Verschiebung des Termins haben wir in dieser Klausur, nachdem das ja jetzt schon breit und öffentlich diskutiert wurde, allerdings in der Runde vereinbart, daß aus dem Titel der Verschiebung, der Vorwurf, der dann später erhoben wurde, eben nicht erhoben wird. Das war die Absprachänderung, und ich war bitter enttäuscht darüber, daß genau diese Vereinbarung nicht zugetroffen hat, weil ja auch mit einer muskelspannenden Mehrheit ein anderes Verhalten nötig gewesen wäre. Also, das muß man als Demokrat so anerkennen. Ich war also wirklich sehr überrascht, als ich dann von Journalisten gefragt wurde, was da passiert ist. Einige Tage später habe ich dann gelesen, was da dahinter steht. Ich wollte nur meinen, wenn wir daran gehen wollen, den Haushalt der Stadt Steyr wirklich sinnvoll zu sanieren - und daß er saniert werden muß, steht außer Zweifel - da muß man zunächst einmal wirklich Konkretes auf dem Tisch haben. Dann wird es gelten zu überlegen, welche neuen Maßnahmen, die bisher nicht budgetiert sind und bisher nicht in Angriff genommen sind, kann die Stadt sich und ihren Bürgern zumuten in die Wege zu leiten. Denn die Zeche zahlt die nächste Generation aus langfristigen Verschuldungen. Das müssen wir wirklich sehr sorgsam und sehr sachlich abwägen. Das war der Grund, warum ich die Bitte gestellt habe, und ich bin sehr froh darüber, daß diese Bitte erfüllt wurde, die Budgetsitzung zu verschieben, aus dem Zeitdruck herauszukommen und in einer gewissenhaften Arbeit zunächst einmal Konkretes festzustellen und daraus die Schlüsse zu ziehen. Die konkrete Feststellung ist auf Flipcharts erfolgt. Wie weit das jetzt sachlich schon ausreichend ist, möchte ich hier nicht diskutieren. Für mich nicht, für mich sind es ein paar Blätter Papier, die schnell beschrieben wurden, damit der lästige Stadtsenat eine Ruhe gibt. Das ist mein Eindruck, den ich aus der Ferne, aus dem Burgenland her, gewonnen habe. Vielleicht ist mir der Blick verstellt gewesen. Recht viel mehr kam hier nicht auf den Tisch des Hauses. Es wird also schon notwendig sein, hier noch einmal in die Speichen zu greifen und den Wagen voranzuschieben, wobei ich nicht glaube, daß das alles Aufgabe der Mitglieder des Stadtsenates ist, was hier plötzlich an Ordnungsmaßnahmen auf die Stadtratsmitglieder hereinkommt. Die Zahlen festzustellen, ist nicht die politische Aufgabe. Die Zahlen zu interpretieren, dazu bedarf es der Hilfe der Beamten und die nötigen Schlüsse zu ziehen, das hat die Stadtregierung gemeinsam mit dem Gemeinderat zu tun. Das wären die richtigen Reihenfolgen. Wir haben noch Zeit, diese Sequenzen einzuhalten, und das möchte ich dringend anmahnen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke sehr. Der nächste zu Wort gemeldet, Herr Gemeinderat Fürweger.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, werter Gemeinderat. Um wieder auf das Thema zurückzukommen, nur eine kurze Frage an den Bürgermeister, weil es heißt immer Region Steyr-Kirchdorf. Ich sehe eigentlich nicht so eine Verbindung geschichtlich mit Steyr-Kirchdorf. Wir haben auch verkehrsmäßig keine ideale Straßenverbindung mit Kirchdorf. Ich würde einer Verbindung mit unserer nördlichen Region Steyr - Enns - Linz, ich würde eine Verbindung mit unseren 2 Tälern, die in Steyr münden, an unseren Flüssen Steyrtal und Ennstal viel mehr befürworten, als eine Ausrichtung jetzt Region Steyr-Kirchdorf. Wenn sie so eine Ausrichtung wollen, dann müssen aber auch die Rahmenbedingungen zuerst hergestellt werden. Was nützen uns die besten Telekommunikationsverbindungen, wenn wir keine ordentlichen Straßenverbindungen haben nach Kirchdorf, geschweige denn haben wir jetzt ordentliche Straßenverbindungen nach Enns und nach Linz.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Ich gebe das Wort an Herrn StR. Tatzreiter.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Zur Telekommunikation möchte ich nur anmerken, was jetzt gerade Hr. GR. Fürweger gesagt hat, wenn die Straßenverbindungen schlecht sind, ist es vielleicht gut, wenn man eine schnelle Verbindung auf einem anderen Weg herstellen kann. Ich glaube, daß gerade die Wirtschaft in der Zukunft und vor allem die EU, eine Verbindung dazu, sicher ein wichtiger Faktor ist. Darüber hinaus natürlich die Fremdenverkehrswirtschaft. Wir sollten das nicht unterschätzen in diesem Zusammenhang. Ich möchte aber das schon bei dem belassen. Es ist ohnehin anscheinend eine einheitliche Zustimmung.

Ich möchte noch Stellung beziehen, zu dem, was Hr. Vizebürgermeister Dr. Pfeil gemeint hat, daß er bis jetzt noch nicht eingeladen wurde, mit einer einzigen Ausnahme, meine Aussage bei der letzten Stadtsenatssitzung. Ich habe das ganz bewußt getan, weil ich gemeint habe, daß im Stadtsenat zumindest einmal darüber ganz kurz ein Statement abgegeben werden soll, wie weit es steht. Ich kann ja nicht schon vorausgreifen über Projekte oder Objekte, wo es weder einen Käufer gibt, noch sonst irgendwelche Möglichkeiten ganz genau diskutiert sind. Ich bin aber heute mit den zuständigen Herren beisammengesessen und habe festgestellt, daß hier mehrere Projekte oder Objekte aufgelistet wurden, die jetzt noch reingeschrieben werden und in nächster Zeit darüber befunden wird, was in der Größenordnung, in etwa zwischen S 25 Mio. und S 30 Mio. ausmacht. Genau das ist nämlich die Aufforderung gewesen, an mich, als der zuständige Referent, nämlich dort, wo überall das Geld gar ist, und ich habe das festgestellt in allen Bereichen, in allen Stadtsenatsbereichen, wo jeder zuständig ist sozusagen, in seinem Ressort ist das Geld aus, bis hin zur Kultur, Hr. Dr. Pfeil. Ich meine, daß hier...

UNVERSTÄNDLICHER ZWISCHENRUF VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Ich sage es nur, weil alle zurückgreifen auf irgend jemand, und der bin eben zufällig ich. Ich habe das jetzt einmal so angestellt. Ich komme auf das rechtzeitig zurück, und ich werde diesen Betrag einbringen, sodaß der a.o.H. nämlich wunschgemäß in der Größenordnung abgeführt werden kann,

und ich bin auch dankbar, daß man sich zumindest für diese Arbeit auch einigermaßen nicht Zeit läßt, aber daß man zumindest Zeit gibt, um das auch ordentlich machen zu können. Dafür bin ich dankbar, daß wir hier eine ordentliche Frequenz gefunden haben.

Noch einmal zur Aussage: Ich habe es auch gehört, was sie da unten am Stadtplatz gesagt haben. Ich muß ehrlich sagen, ich war auch ein bisserl erstaunt, weil sie es so hingestellt haben, als hätte der Bürgermeister

ZWISCHENRUF DR. PFEIL

Es nutzt uns nichts. Sie waren damit einverstanden, und alle miteinander haben wir das gewollt. Bitte nehmen sie das auch einmal zur Kenntnis, und tun sie nicht so bei der Bevölkerung, als wäre es ein Verbrechen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Herr GR. Philipps bitte.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, wertbes Präsidium. Vielleicht ist das neue Kommunikationsmittel noch nicht so wichtig, also hier herrinnen zumindest noch nicht, weil offensichtlich die Kommunikation ja noch vom Tisch über die Bank und quer über den Raum funktioniert. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann aber wirklich nicht feststellen, welcher Zusammenhang zwischen einer Straße und einem neuen, modernen Kommunikationsmittel besteht, das eine solche Straße nicht benötigt. Ich weiß nicht... Vielleicht scheint hier der Gedanke aufzukommen, daß man diese Disketten, die bespielt werden auf einem Computer oder in einer Firma, dann mit dem Auto dorthin geführt werden müssen. Ich würde also bitte wirklich darauf drängen, daß wir - wie es der Hr. Bürgermeister bereits gesagt hat - aus der Geschichte lernen, und uns dieser neuen Strömung mit aller Vehemenz anschließen. Sonst könnte natürlich auch der Gedanke auftreten, daß hier modern denkende Mitglieder einer F-Bewegung womöglich dieses Moderne nur vorgeben, und das Logo heraustritt: „Zurück in die Zukunft“.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es dazu noch eine Wortmeldung?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, zunächst bin ich froh, daß hier der Hr. Dr. Pfeil auch für das RIS-Projekt ist, aber das hat natürlich nicht mit seiner Mimik zusammengestimmt, darum habe ich diese kleine

Schleife gemacht. Er hat das natürlich auf das Budget bezogen, was ja eigentlich etwas anderes ist. Er hat kritisiert, daß es sich bei der Bedeckung dieser S 50.000,-- um eine Kreditübertragung handelt und gemeint, das hätte man budgetieren müssen. Ich kann hier nur erklären, daß es zunächst - dieses Projekt - auf Basis unserer Ressourcen, die wir im FAZAT haben, entwickelt und bearbeitet wurde, daß wir geringfügige Beiträge dafür bezahlt haben, nicht nur wir, wir allerdings als erster, vielleicht so als Türöffner, aber auch die anderen Gemeinden haben sich nach und nach angeschlossen. Sehr erfreulich ist es auch, daß die Herren Bezirkshauptleute Dr. Zeller und Dr. Sprelitz sich auch sehr positiv in dieser Angelegenheit dazu gestellt haben und sehr aktiv auch in den Bürgermeisterkonferenzen dieses Projekt vertreten haben, was dazu führt, daß wirklich so eine positive Haltung entstehen konnte - auf breiter Ebene. Wir konnten zu diesem Zeitpunkt - vor einem Jahr z.B. - überhaupt noch nicht abschätzen, wie das Projekt weiterentwickelt wird, wie die Förderungen des Bundes aussehen, oder ob es gar EU-Förderungen dafür gibt, was wir jetzt als möglich erachten. Wir haben auch nicht wissen können, zu dem Zeitpunkt noch nicht, es hat nur den Gedanken gegeben, aus dem Verein eine Gesellschaft zu entwickeln und dafür Unternehmen zu interessieren, die als Gesellschafter einsteigen. Das wußte man alles nicht. Man wußte nicht, wie hoch das Gesellschaftskapital sein wird müssen. Wir haben Verhandlungen geführt mit diesen Unternehmungen, und es hat uns eigentlich, daß man eigentlich mehr Unternehmungen schon hineingebracht hätte, als wir gebraucht hätten, um hier dieses Einlagekapital zu erreichen. Es wurde erst in der letzten Sitzung des Aufsichtsrates der EKW der Beschluß gefaßt, daß die EKW als Hauptgesellschafter überhaupt einsteigt. Daraus resultieren dann irgendwelche Zahlen, auch diese Zahl, daß hier die drei Bezirke Steyr-Land, Steyr-Stadt und Kirchdorf gleichermaßen, mit je S 50.000,--, im heurigen Jahr einsteigen, um dieses Gesellschaftskapital aufzubringen, das uns dann die 10 % Gesellschaftsbeteiligung im Verein TELEKOM bringen soll. Daher glaube ich, mit diesem Entwicklungsprozeß erklärt zu haben, daß so etwas nicht budgetierbar war. Ich muß allerdings dazu sagen, daß niemand, und wäre er noch so klug, was ich von mir ja nicht behaupte, voraussagen kann, was im nächsten Jahr alles daherkommt. Daher kann niemals alles budgetiert werden. Das ist ein Trugschluß, Hr. Dr. Pfeil, wenn sie das glauben, daß sie das könnten, oder daß es irgend jemand kann, weil nämlich schon die alten Griechen gesagt haben: „Alles fließt“. Daher müssen wir reagieren, auch auf Entwicklungen. Das gehört auch dazu zur Politik, rasche und möglichst richtige Entscheidungen zu treffen.

Das andere, meine Damen und Herren, was dann noch gesagt wurde, betrachte ich als eine Replik an die Nationalratswahlen, die stattfinden. Dieser kleine Ausflug sei dem Gemeinderat gestattet. Ich kann nur eines dazu sagen: Es sind Papiere vorgelegt worden, die den Hrn. Dr. Pfeil als viel zu viel erschienen sind. Er hat kritisiert, daß sie schon gedruckt waren, und daß das schon dort steht.

UNVERSTÄNDLICHER ZWISCHENRUF VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Schauen sie, lassen sie mir das erklären. Ich habe ja nur gesagt, daß sie das kritisiert haben. Das trifft ja zu.

ZWISCHENRUF VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Zum falschen Zeitpunkt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie haben das kritisiert. Es steht ihnen ja zu. Der Hr. Koll. Holub hat ja wieder die Meinung vertreten, daß die Papiere nicht stichhaltig genug, umfangreich genug und nicht genau genug sind. Das ist ja genauso legitim.

ZWISCHENRUF VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, das ist eine Verdrehung der Tatsachen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Auf welcher Basis bitte? Auf welcher Basis, meine Damen und Herren, wenn ich mir das erlauben darf als Finanzreferent dieser Stadt, möchte den der hohe Stadtsenat debattieren und diskutieren, wenn es keine Unterlagen gibt, die auf Beamtenebene erarbeitet werden müssen, wie der Hr. Koll. Holub zurecht sagt. Wir müssen doch Unterlagen haben. Wir müssen doch die Zahlen am Tisch liegen haben. Wir sollten Varianten sogar noch am Tisch liegen haben. Wir sollten dann entscheiden dürfen - müssen - in unserer politischen Verantwortung, welcher dieser Varianten wir den Vorzug geben. Von mir aus jeder aus seiner weltanschaulichen oder sonstigen Betrachtung heraus. Aber ohne Unterlagen kann man doch nicht ein Budget mit S 936 Mio. im o. H. und mit S 150 Mio., oder noch viel mehr, wenn ich die Wünsche dazurechne sind es ja S 500 Mio., diskutieren und debattieren. Da muß man doch die Zahlen am Tisch haben, und ich bitte, daß man also dieses kleine Geplänkel, das sich da ergibt, doch ein bisserl Richtung Nationalratswahlen vorbeigehen lassen sollte, und es versuchen soll, hier dieses Budget zustandezubringen, wie das also in Teilen der Ausführungen, auch aus meiner Sicht, sehr richtig gesagt wurde. Man muß also in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation das tun, was getan werden muß. Das sind leider nicht nur das Reparieren von Dächern, das auch, aber z.B. auch die Etappe, die wir vertraglich festgesetzt haben, die Fachhochschule zu finanzieren, um ein anderes Thema bei dieser Gelegenheit anzusprechen. Hier wird es eben schwierig, wenn das Geld überall eng wird. Ich betrachte die Stadt Steyr nicht als den klassischen Sanierungsfall, sondern ich betrachte unsere Situation als eine, die gekennzeichnet ist von einem etwa 14-jährigen Abwärtstrend in der Steyrer Industrie. Dieser Trend, der dazu geführt hat, daß unsere Einnahmensituation eine sehr gedrosselte ist, wenn ich das hier vornehm ausdrücken darf. Wir leben in einer Situation, wo seit 4 Jahren nahezu exakt die Einnahmen gleichgeblieben sind, und wo sich die Ausgaben um rund S 80 Mio. pro Jahr erhöht haben. Hier haben wir eine Bewegung, eine Schere, die sich auftut, und diese zu schließen, ist äußerst schwierig, und es ist eine sehr anspruchsvolle Aufgabe, die unserer Sorgfalt und unserer Verantwortung gegenüber den Bürgern bedarf. Wir müssen uns bemühen, hier eben eine gute Lösung zu finden. Für das stehe ich gerne zur Verfügung und lade alle ein, hier daran mitzuwirken.

Zum Hrn. Koll. Fürweger möchte ich noch sagen: Er meint, daß hier die Orientierung eine falsche ist, weil man sich mit diesem Telekommunikationssystem zufällig hier orientiert ins Ennstal und ins Steyrtal hinein, daß das vielleicht falsch wäre. Schauen sie, Steyrtal bis hin zum Kremstal, das hängt ja damit zusammen, daß wir ein Ziel-2-Gebiet sind, das die Stadt Steyr umfaßt und einige Gemeinden von Steyr-Land, und daß Kirchdorf und der Raum Kirchdorf, der Bezirk 5 B, Zielförderungsgebiet ist. Aus dieser Situation heraus ergibt sich die neue Möglichkeit ein Regionmanagement einzusetzen. Das wird wieder von der EU finanziert und auch gefördert diese 2 Zielgebiete. Weil hier die Bezirke Steyr-Land, die ja natürlich nach Steyr tendieren traditionell, und ich darf daran erinnern, auch sehr viel Kaufkraft in diese Stadt hereinbringen und um Kirchdorf, daß hier eben eine gemeinsame Plattform gegründet ist. Wieder etwas Neues, weil wir nämlich unsere Region sehen, und weil das in der EU eine neue Qualität ist, und weil diese Qualität auch förderungswürdig erklärt wurde. Daraus ergibt sich diese Orientierung. Ich glaube, daß es eine gute Überlegung ist, nicht nur die eigene Stadt oder die kleine Gemeinde mit 26 km² alleine zu sehen,

sondern durchaus den Blick etwas über den Tellerrand hinausgleiten zu lassen. Und weil sie gesagt haben „Straßen“: Natürlich sind Straßen wichtig - Nordspange ist so ein Projekt - aber Grünburgumfahrung und Losensteinumfahrung ist auch so ein Projekt. Das muß man schon in der Zusammenschau sehen. Die Leute fahren nicht nur zu uns her, sie fahren auch von hier weg. Wir müssen uns da bemühen. Aber das ist noch ein Stichwort. Die Möglichkeiten der Telekommunikation, diese neue Chance und diese neue Technik, versetzt uns besser in die Lage, räumliche Distanzen, die man früher körperlich zurücklegen mußte, eben mit Hilfe dieser Technik zu überwinden. Das ist mit eine Chance und ein Grund dafür, warum ich hoffe, daß der ganze Gemeinderat dem zustimmt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Kommen wir zur Abstimmung, nicht über das Budget, sondern über den Beitritt zum Verein zur Förderung von Telekommunikationsanwendungen. Wer für den Antrag ist, der gebe bitte ein Zeichen.

Übt jemand Stimmenthaltung?

Jemand gegen den Antrag?

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, der nächste Antrag scheint mir sehr beeindruckend zu sein. Es geht um eine Gewerbeförderung für die Lingtos HandelsgesmbH in der Ennser Straße, Steyr-Gleink. Dort wurde dieses Unternehmen gegründet und ansässig. Es hat sich dort eine Betriebsliegenschaft und ein Objekt erworben, und hat hier natürlich auch Fremdfinanzierung in Anspruch nehmen müssen. Ein Darlehen im Ausmaß von S 3 Mio. Es soll ein 1 %iger Zinsenzuschutz auf die Dauer von 5 Jahren gewährt werden. Insgesamt bedeutet das S 128.000,-- verteilt auf diese 5 Jahre. Für dieses Jahr soll ein Betrag von S 15.000,-- freigegeben werden. 6 Mitarbeiter sind in diesem Unternehmen beschäftigt und es macht einen Jahresumsatz von ca. S 28 Mio.

Der Antrag lautet:

2) Fin- 196/94 Lingtos HandelsgesmbH, Ennser Straße 41, 4407 Steyr-Gleink; Gewerbeförderung;

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Finanzen vom 14. 11. 1995 wird der Firma Lingtos HandelsgesmbH, Ennser Straße 41, 4407 Steyr-Gleink, für den Ankauf eines Büro- und Lagergebäudes in der Höhe von ca. S 3.315.000,--, zu dem 15-jährigen Darlehen bei der Oberbank in der Höhe von S 3.000.000,-- ein 1%iger Zinsenzuschuß auf die Dauer von 5 Jahren gewährt. Dies bedeutet eine Gewerbeförderung in der Höhe von insgesamt S 128.000,-- verteilt auf 5 Jahre.

Zu diesem Zweck wird bei der VSt. 5/7820/756000.9 ein Betrag in der Höhe von S 15.000,-- für das Rechnungsjahr 1995 freigegeben.

Ich bitte um ihre Unterstützung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr GR. Gollatsch.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Hochgeschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Die Firma Lingtos hat einen Umsatz von S 28 Mio. von 6 Bediensteten, das sind also ca. S 4,7 Mio. pro Bediensteter. Ausgezeichnete Sache. Es gibt hier im Amtsbericht eine Sachverhaltsdarstellung und eine Stellungnahme. Bei der Sachverhaltsdarstellung steht: Anfang 1995 kaufte das Unternehmen von der Froschauer LiegenschaftsverwaltungsgesmbH einen Teil des Gewerbegrundes. Soweit mir bekannt ist Herr Bürgermeister, haben wir vor 2 oder 3 Gemeinderatssitzungen die Firma Froschauer LiegenschaftsgesmbH oder den Gewerbepark Froschauer oder die Firma Froschauer auch mit einer Gewerbeförderung bedacht. Erste Frage: Ich glaube es waren 2 %, die Firma Lingtos soll mit 1 % bedacht werden. Das ist nicht das Kriterium dieser ganzen Angelegenheit. Das Kriterium ist, daß wir bei der Firma Froschauer die Errichtung des Gewerbeparks, d.h. Gebäude, gefördert haben mit einem Zinsendarlehen oder Zuschuß odgl.. Das war heuer im Frühjahr vor 2 oder 3 Sitzungen des Gemeinderates. Hier steht: Anfang 1995 kaufte das Unternehmen von der Froschauer LiegenschaftsverwaltungsgesmbH einen Teil des neuerrichteten Gewerbezentrums. Das stand damals nicht drinnen bei der Gewerbeförderung Firma Froschauer, daß bereits ein Teil der Liegenschaft wieder verkauft wurde. Wir haben Gewerbeförderung ausgeschüttet für ein Areal das errichtet wurde, und wir sollen jetzt Gewerbeförderung ausschütten, für ein Areal, das schon einmal gefördert wurde. Die Firma Lingtos, möglicherweise ist es eine gute Firma, die das benötigt, damit sie auch weiterhin handeln kann. Ich frage mich aber nur, die Firma Froschauer - soweit ich weiß - möchte wieder Gewerbeparks errichten. Sie wird wieder um Förderung ansuchen. Was ist mit den Firmen, die bei der Firma Froschauer nicht angemietet sind, sondern kaufen? Bekommen diese auch eine Gewerbeförderung, oder ist es eine Doppelförderung?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Schlußwort des Referenten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, es ist richtig, daß hier teilweise - ich weiß nicht bis zu welchen Grad - hier die Firma Froschauer Teile oder das ganze Betriebsobjekt verkauft hat, und wir haben das auch im Stadtsenat einmal diskutiert. Es ist so, ich weiß nicht mehr ganz genau wie viele, ich glaube, daß sich hier an die 9 oder 10 Firmen angesiedelt haben. Wir waren - eine Reihe von uns, Koll Eichhübl war auch dabei, erinnere ich mich - bei dieser Eröffnung. Es sind dort 33 oder 35 Beschäftigte, die in verschiedenen Unternehmungen dort tätig sind. Es hat sich eben ergeben, daß offenbar, aus welchen Gründen immer, das entzieht sich meiner Kenntnis, Teile dann an die neuen, zunächst Mieter, dann Eigentümer gewordenen Betriebsansiedler verkauft wurden. Es ist auch richtig, daß man die Firma Froschauer gefördert hat. Es ist auch richtig, daß wir noch vor kurzer Zeit der Firma Froschauer ein weiteres Grundstück verkauft haben, weil wir eigentlich seine Aktivität und das Ergebnis seiner Bemühungen bei der Betriebsansiedlung als beachtlich empfunden haben. So war die Position im

Stadtssenat, und wir trauen ihm zu, und er kann das plausibel erklären und kann auch Namen nennen, wie er zukünftige Unternehmungen dort wieder möglichst von auswärts von Steyr ansiedelt. Bei dem Unternehmen handelt es sich nicht nur um einen Mieter, sondern auch um eine Betriebsgründung, und daher haben wir uns dazu entschlossen, diese Förderung zu gewähren. Es kommt noch dazu, daß er dort auch in der Halle einige Aufwendungen natürlich gemacht hat. Er hat also dort eine recht ansehnliche Lagerwirtschaft und eine Regalsituation geschaffen, von der wir uns überzeugen konnten. Er ist im Export beschäftigt, und er scheint hier auch expandieren zu wollen und kann das alles auch glaubhaft machen. Es ist schon richtig, daß man in die Gefahr gerät, wenn innerhalb so kurzer Zeiträume Besitzerwechsel dann stattfinden, daß man auch von einer Doppelförderung vielleicht sprechen könnte. Wir haben aber hier gesehen, zum einen den Betriebsgründer, Betriebsansiedler Froschauer, der sich erfolgreich bemüht hat und in kurzer Zeit das Haus errichtet und 10 Betriebe angesiedelt hat, und zum anderen die Betriebe selber, die Betriebsgründungen gemacht haben. Nachdem es ein Handelsbetrieb ist, haben wir ihn ja nur mit 1 % gefördert. Also wenn man das zusammennimmt, 2 % glaube ich, haben wir Froschauer gefördert - ich habe das nicht mehr ganz genau präsent - und 1 % bekommt hier diese Firma Lingtos. Im Hinblick auf Betriebsgründungen haben wir an und für sich auch die Gestion eher gepflogen, 3 % zu geben, so wie bei der Spezialförderung, die wir im Steyrdorf haben. Also, so ist das aus meiner Sicht zu betrachten. Jedenfalls kann man den Froschauer nur - und das haben wir dort auch getan, der Hr. Schloßgangl und ich - Danke sagen, daß er diese Betriebsansiedlung geschafft hat. Es war so überzeugend, daß wir ihm ein weiteres Grundstück verkauft haben. Und denen, die sich dort angesiedelt haben, junge Unternehmen, die etwas machen aus sich und auch Geschäfte machen und die Leute beschäftigen, sollten wir als Stadt natürlich schon solchen Bemühungen auch unterstützend zur Seite stehen. Das ist der Hintergrund dieser Entwicklung. Wie und wann genau hier der Besitzerwechsel war, ob es da vielleicht zu einer gewissen Überschneidung kommt, das will ich nicht ganz vom Tisch wischen, das könnte sein. Aber wir waren eher der Meinung, wir sollten also diese Betriebsansiedelungen, wie immer sie passieren, auch im Rahmen unserer Richtlinien fördern, und das haben wir getan.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, gebe ein Zeichen. Jemand Stimmenthaltung?

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Herrn Vizebürgermeister Dr. Pfeil um seine Anträge.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. In meinem ersten Antrag geht es um eine Subvention an den Kultur- und Theaterverein AKKU Steyr. Es geht hier um die Realisierung des Projektes Entlüftungs- oder Belüftungsanlage. Wer die Räumlichkeiten dort kennt und wer Veranstaltungen dort besucht hat, weiß, daß das ein langjähriges Problem der Veranstalter ist. Dieser Antrag auf Förderung ist einstimmig im Kulturausschuß beschlossen worden.

Der Antrag lautet:

3) Fin- 180/95 Kultur- u. Theaterverein AKKU, a.o. Subvention

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA. f. Kulturangelegenheiten vom 29. 9. 1995 wird dem Theater- und Kulturverein AKKU, 4400 Steyr, Färbergasse 5, für den Einbau einer notwendigen Entlüftungsanlage im Veranstaltungslokal an der genannten Adresse eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention im Ausmaß von S 16.500,-- aus der VAST. 1/3000/757000.00 gewährt. Zu diesem Zweck ist eine Kreditübertragung von der VAST. 1/3000/727000.3 - Kulturamt, Entgelte für sonstige Leistungen - auf die oben genannte VAST., notwendig.

Aufgrund der vom Gemeinderat in seiner Sitzung vom 21. 12. 1994 beschlossenen Kreditsperre kommen lediglich 90 % des genannten Betrages zur Auszahlung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wünscht jemand das Wort zu diesem Antrag?

Hr. Koll. Philipps bitte.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, wertres Präsidium. Ich kann mich dieser Meinung auch anschließen, und ich glaube, ich brauche niemanden zu erzählen, daß das AKKU ausgezeichnete Kulturarbeit in Steyr leistet. Ich möchte aber auch zusätzlich noch um das Ganze zu unterstreichen, wie wichtig dieser Verein für Steyr ist, dem Gemeinderat nicht vorenthalten, daß es in einem Gespräch gelungen ist, hier die Zustimmung des AKKUS zu erhalten, daß beim nächstjährigen Stadtfest hier kulturelle Aufwertung betrieben werden sollte. D.h. also, Vertreter des AKKUS haben sich bereit erklärt auf mein Ansinnen hin, hier zu versuchen, mehr Kultur in das Stadtfest hereinzubringen. Wer das Stadtfest kennt, glaube ich, kann das nur befürworten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Nicht mehr der Fall. Wird ein Schlußwort gewünscht? Nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer für den Antrag ist, bitte ich ein Zeichen zu geben. Ich bedanke mich. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

In meinem nächsten wichtigen Antrag geht es um die Eintrittspreise für die Weihnachtsausstellung. Es geht um die Pöttmesser-Grippe und nicht um die Pettmesser-Grippe, wie fälschlicherweise im Antrag steht. Ich bitte den Schreibfehler zu entschuldigen. Die Eintrittspreise sollen wie in den

vergangenen Jahren 1989 - 1994 S 25,-- für Erwachsene, Gruppen S 15,--, Schüler, Studenten, Arbeitslose, Präsenzdienster und Stadtführungen sollen frei die Pöttmesser-Grippe besuchen können.

Mein Antrag lautet:

4) K - 6038/90 Weihnachtsausstellung 1995; Festsetzung der Eintrittspreise

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Kulturangelegenheiten vom 4. 10. 1995 werden die Eintrittspreise für die Weihnachtssonderausstellung 1995, welche in der Zeit vom 2. 12. 1995 bis 7. 1. 1996 stattfindet, wie folgt festgelegt:

Erwachsene S 25,--, Gruppen ab 15 Personen S 15,--, Kinder, Schüler, Studenten, Lehrlinge, Arbeitslose, Präsenzdienster und Stadtführungen sind frei.

Ich bitte um Diskussion und Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wer wünscht das Wort bitte? Keine Wortmeldung. Daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer dafür ist, gebe ein Zeichen. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung wird nicht angezeigt.

Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich bedanke mich.

Nächster Antragsteller Herr StR. Bremm bitte.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Dieser Antrag bezieht sich auf den Ankauf einer Teilfläche einer Parzelle, die im Besitz von Herrn Dipl.-Ing. Hermann Proyer ist. Es geht darum, daß im Bereich der Schlüßlmayrsiedlung hier ein Bereich angesiedelt ist für die Sammlung von Papier, Glas etc. und hier ein Container aufgestellt ist - ein Sammelzentrum - und diese Teilfläche soll im Ausmaß von 98 m² und zu einem Preis von S 41.000,-- erworben werden.

Mein Antrag lautet:

5) ÖAG-42/1994 Ankauf einer Teilfläche der Parzelle 397/11, KG. Christkindl von Hrn. DI. Hermann Proyer;

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA. f. Privatrechtsangelegenheiten vom 4. 10. 1995 wird dem Erwerb einer Teilfläche der im Eigentum des Herrn Dipl.-Ing. Hermann Proyer, Steyr, Schlüßlmayrstraße 60, stehenden Parzelle 379/11, KG. Christkindl, im Ausmaß von 98 m² zum Kaufpreis von pauschal S 40.000,--, zugestimmt. Zur Zahlung des Kaufpreises, der Grunderwerbsteuer wird einer Kreditübertragung des Betrages von S 41.400,-- von der VAST. 1/8130/728100.4 zur VAST. 1/8130/001000.4 zugestimmt und bei dieser VAST. der oben genannte

Betrag freigegeben.

Ich ersuche hier um die Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Das Wort wird gewünscht vom Hrn. GR. Payrleithner. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Es ist so, daß, wenn der Name Proyer in einem Amtsbericht vorkommt, sich bei manchem freiheitlichen Fraktionsmitglied vielleicht die Haare aufstellen, fällt einen dazu vielleicht Generalunternehmervertrag u.ä. ein, aber um das geht es heute nicht, und wir werden selbstverständlich diesem Antrag unsere Zustimmung erteilen. Nachdem der Hr. Koll. Bremm nicht nur für Sport, sondern auch für Schulangelegenheiten zuständig ist, erlaube ich mir hier ein paar Bemerkungen zu Schulangelegenheiten zu sagen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein, alles was recht ist. Zur Sache! Ich bitte um Ruhe. Für das Budget habe ich ja Verständnis, daß da ein bißchen etwas geredet wird. Aber jetzt können wir nicht alles ganz durcheinander bringen. Es kommt sicher wieder ein Schulkapitel, Herr Kollege.

Gibt es eine weitere Wortmeldung zum Thema bitte?

Nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Nächster Berichterstatter Hr. StR. Holub.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL HOLUB:

Sollte noch Ruhe eintreten, dann komme ich in die hohe Ehre ihnen 2 Anträge vorzulegen. Der eine ist ein Subventionsansuchen der Österr. Gesellschaft für Eisenbahngeschichte Steyrtal Museumsbahn, die gezwungen ist, ein Baugebrechen an der Bogenbrücke bei Steinbach a.d.Steyr/Grünburg zu beheben. Nachdem wir alle miteinander wollen, daß die „Schnaufferlbahn“ ihre Attraktion weiter darbieten kann, bitte ich sie um die entsprechende Beschlußfassung zur Subventionierung mit S 25.000,--.

Mein Antrag lautet:

6) Fin - 198/1995 Österr. Gesellschaft f. Eisenbahngeschichte Steyrtal Museumsbahn; Renovierung der Steyrtalbahn-Bogenbrücke; Subventionsansuchen

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 4. 10. 1995 wird der Österr. Gesellschaft für Eisenbahngeschichte Steyrtal Museumsbahn eine einmalige, nicht rückzahlbare, a.o. Subvention in Höhe von S 25.000,-- gewährt. Im Hinblick auf die Bedeutung der Sanierung dieser Bogenbrücke zur Aufrechterhaltung der Steyrtal Museumsbahn sowie auch für den Tourismus in Steyr und der relativ geringen Subvention im Zusammenhang mit den Gesamtkosten kommt in diesem besonderen Fall die 10%ige Kreditsperre nicht zur Anwendung.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung im Ausmaß von S 25.000,-- von der VAST. 1/7710/728000.6 auf VAST. 1/7710/757000.0 bewilligt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wird das Wort gewünscht zu diesem Antrag. Herr Koll. Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Sehr geehrte Damen und Herren im Gemeinderat, wertres Präsidium. Meine Wortmeldung hat sehr wohl was mit dem Tagesordnungspunkt zu tun. Ich glaube, es steht ja außer Zweifel, daß wir diese Steyrtalbahn als eine unserer Stützen im Fremdenverkehrsbereich brauchen. Ich denke, daß wir auf jeden Fall diesem Antrag unsere Zustimmung erteilen. Ich möchte aber schon darauf hinweisen, weil oft so auch die Umgebung der Steyrtalbahn bzw. auch der Verein mit einer gewissen Verklärung betrachtet wird, daß es auch im Bereich des Bahnhofes zu massiven Störungen der Anrainer kommt. Im Zusammenhang mit dieser Renovierung der Brücke möchte ich sagen, daß wir uns vor genau einem Jahr die Geleise angesehen haben, wir sind ja auch sehr oft dort draußen, dort ist auch das Augebiet, und wir haben entdeckt, daß ein gebrochenes Geleise dort besteht. Gleich nach der Brücke auf der rechten Seite ist das Geleise einmal gebrochen. Wir haben uns dann erkundigt und haben erfahren, daß das Geleise im Jahre 1985, wie der Verein seinen Betrieb aufgenommen hat, also kurz vorher einmal gebrochen ist und vom Lokführer entdeckt wurde und mit einer Zwingse repariert wurde. Rein eisenbahnrechtlich muß dieser Vorfall oder dieser Schaden sofort am nächsten Tag repariert werden. Es hat aber 10 Jahre gebraucht, bis der Verein, der das gewußt hat, dieses Geleise repariert hat. Ich habe mich dann bei Sachverständigen von der Eisenbahn erkundigt, es bestand Gefahr im Verzug, daß dort die Eisenbahn samt unseren Touristen sich in Richtung Steyr hinunterbewegt. Das hätte ohne weiteres passieren können. Wir haben dann weiter mit Herrn Dr. Nekolny ein Gespräch gesucht, und just zu diesem Zeitpunkt sind einige Anrainer zu mir gekommen und haben sich massiv beschwert über Lärmerregung in der Nacht, d.h. Eisenbahnverkehr 1 Uhr oder 23 Uhr etc..., bzw. Reparaturen an der Lok mit einem Kompressor, Entrostung etc... Ich möchte jetzt noch einmal klarstellen, es geht mir bei Gott nicht darum, diesen Verein, der sehr verdienstvoll ist, hier anzuschwärzen oder hier irgendwie negativ in die Schlagzeilen zu bringen. Ich habe dann versucht, ein Gespräch herbeizuführen, das am 15. 11. am Steyrer Lokbahnhof stattgefunden hat. Dort war der Herr Dr. Nekolny, der Herr Mader seitens des Vorstandes und eine jede Menge Anrainer, die dort ihre Beschwerden vorgetragen haben. Ich muß eines sagen, es ist damals gelungen, einen Konsens herzustellen, wo wir so verblieben sind, daß bestimmte Betriebszeiten einzuhalten sind und bei Lärmarbeiten die Halle geschlossen wird etc.. , und daß auch im Zusammenhang mit einer gut nachbarschaftlichen Beziehung mit den Anrainern, dort das Gespräch alle Jahre zu einem fixen Termin stattfinden soll. Interessanterweise, ohne im Zusammenhang mit diesem Gemeinderatssitzungspunkt, ist mir vorige Woche wieder gesagt worden, daß dort im Gelände des Bahnhofes Auto repariert werden, daß zur mitternächtlichen Stunde Automotoren ohne Auspuff probiert werden, und daß dort einzelne Mitglieder dieses Vereines anscheinend gewaltig

über die Stränge schlagen. Ich möchte jetzt noch einmal betonen, es geht mir bei Gott nicht darum, diesen Verein anzuschwärzen. Es geht mir

vielmehr darum, sie zu bitten bzw. auch den zuständigen Referenten Hrn. StR. Holub, vielleicht hier lenkend einzugreifen, um nach außen hin auch den Versuch zu unternehmen, diesen Verein, der ausgezeichnete Mitglieder hat, außer vielleicht ein paar Ausnahmen, dahingehend zu bewegen, sich mit den Nachbarn gut zu verstehen und Dinge, die vielleicht noch im Unklaren liegen bzw. die seinerzeit ausgehandelt wurden - ich kann ihnen dann vielleicht das Protokoll geben - vielleicht so weit ins Lot zu bringen, daß wir auch in Zukunft einen positiven Eindruck von unserer „Schnaufferlbahn“, wie es der Herr Stadtrat gesagt hat, haben können.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Weitere Wortmeldung, Herr GR. Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Also ich muß jetzt wirklich diese schweren Anschuldigungen des Hrn. Koll. Apfelthaler entschieden zurückweisen. Nachdem ich hier relativ gut informiert bin - mein Bruder ist sozusagen ein Funktionär oder ein Mitkämpfer der ersten Stunde - wenn man daran denkt, wie hart es war, wie diese kleine Gruppe von Idealisten es wirklich zustande gebracht haben, daß wir heute eine wesentliche Bereicherung des Fremdenverkehrs in Steyr haben. Wie lange es gedauert hat, von der Bundesbahn in mühseligem Kampf diese Anlagen, die Betriebsanlagen, die Lokomotiven usw. zurückzukaufen, und heute stellt man hier das ganze ein bisserl in Frage. Das nächste ist, daß sich wer aufregt, daß es dort ein bisserl raucht, die Folgen haben wir schon, daß dann irgendwer Waggonen anzündet usw. Es ist eben so, daß eine Dampflokomotive einen Rauch von sich gibt. Ich glaube, gerade im Zusammenhang mit der Steyrtalbahn sollten wir wirklich das Positive sehen. Erstens einmal braucht der Verein, der diese Anlage betreut, jedes Jahr eine Genehmigung für die Betriebsanlagen, für die Schienen. Das Bedienungspersonal muß nicht eine Schulung machen, sondern sie müssen Dampfkesselprüfungen machen, sie sind alle bestens geschult. Sie werden über die Bundesbahn ausgebildet. Ich kann mir wirklich nicht vorstellen, daß dort irgend etwas Illegales passiert, daß da Anlagen in Betrieb genommen werden, ohne Genehmigungen zu haben. Bevor man solche Dinge hier in den Raum stellt und den ganzen Verein, diese Idealisten, die sich wirklich bemühen, grundsätzlich einmal schlecht macht, sollte man sich überlegen, was das eigentlich bringt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Zwei Wortmeldungen sind erlaubt.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Selbstverständlich ist mir bekannt, daß die Anlage dort jährlich geprüft werden muß, das steht außer Frage. Es ist seinerzeit bei dieser Besprechung ohnehin ein Großteil dieser Dinge ausgeräumt worden. Fast 90 % dieser Dinge sind ausgeräumt worden. Auf was es mir darauf ankommt ist, daß dieser Dialog aufrecht bleibt. Ich will da überhaupt nicht kriminalisieren oder sagen, daß hier illegal wer fährt, das stimmt bei Gott nicht. Es kann aber natürlich sein, daß der, der trotz einer

Dampfkesselprüfung diese Diesellok dort betreibt, nicht unbedingt um 23 Uhr auf- und abfahren muß, nur weil er die Lok oder einen Anhänger probiert. Es kann auch nicht sein, daß man gerade um 1 Uhr in der Früh mit Volldampf aus dem Bahnhof hinausfährt, nur weil man draufkommt, daß man vielleicht in Grünburg die Lok braucht. Das wurde aber alles bei den Gesprächen ausgeräumt. Man hat gesagt: Wenn wirklich Sonderbetrieb ist, dann wird vereinbart, daß mit den Nachbarn kommuniziert wird, daß ihnen gesagt wird, man kommt etwas später herein oder hinaus. Von Illegalität habe ich überhaupt nicht gesprochen. Wie wir damals diese Zwinge festgestellt haben am Geleise, ist diese eine Woche später repariert worden. Es wurde auch zugegeben, daß das nicht in Ordnung ist. Das hat der Herr Dr. Nekolny gesagt. Ich habe überhaupt den Eindruck, daß der Herr Dr. Nekolny von manchen Dingen leider Gottes am Bahnhof nicht so viel Ahnung hat, weil er ja nicht immer dort ist. Ich will jetzt Herrn Dr. Nikolny, der ja wirklich eine positive Arbeit leistet, nichts in die Schuhe schieben. Es war für die Herren Nikolny und Mader sehr erstaunlich, dann von den Nachbarn verschiedene Dinge zu hören, wie Frechheiten von Betreibern dort und Vereinsmitgliedern, die sich sehr seltsam geäußert haben, weil die Nachbarn sich erlaubt haben anzufragen, warum genau Sonntag in der Früh mit dem Preßlufthammer gearbeitet werden muß. Ich kann das sogar zitieren, der Herr Mader sagte dann persönlich: „Es geht nicht an, daß Vereinsmitglieder Anrainer auf diese Art und Weise beleidigen“. Das ist bekannt, ist ausgeräumt worden. Ich habe aber jetzt nur die Bitte: Sollte es zu Schwierigkeiten kommen, und es hat bereits Schwierigkeiten gegeben, weil es jetzt wieder beginnt mit dem Autoreparieren etc., bitte, sind sie soweit, und versuchen sie hier kommunikativ zu sein und hier mitzuhelfen, damit dieser Verein nicht ins schlechte Licht kommt. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Nicht mehr der Fall. Schlußwort bitte Hr. Referent.

STADTRAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, so ist es eben im Leben. Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es den bösen Nachbarn nicht gefällt. So ist es eben von beiden Seiten. Wenn die einen lärmten, ist es für den anderen kein Vergnügen. Ich glaube, daß das nicht eine Sache der gemeinderätlichen Erörterung ist, hier abzuhefen, auch nicht die Intervention irgend eines Stadtsenatsmitgliedes. Das würde eine interdisziplinäre Diskussion, wenn ich mir das so vorstelle. Hier ist der Umweltschutz betroffen, die Ordnungspolizei ist betroffen, letztendlich dann der Bürgermeister als Machthaber über alles im übergreifenden Raum. Wenn wir jetzt sagen, wer ist hier zuständig, der Referent, und der soll für Ordnung sorgen, dann schießen wir mit einer Kanone auf ein sehr kleinflächiges Ziel. Das würde ich also nicht empfehlen. Mein Appell von hier aus an alle Betroffenen, sowohl an die Anrainer, als auch an die Bahnbetreiber: Vertragt euch bitte miteinander. Wir sind so stolz auf diese Bahn. Wir sind so stolz auf die Idealisten, die diese Bahn betreiben. Es ist uns, quer durch Europa, die Öffentlichkeit diese Bahn auch neidig. Das muß auch dazu gesagt werden. Sind wir froh, daß es gelungen ist, vor vielen Jahren, durch verschiedene Initiativen, eine davon war auch dein Bruder, diese Bahn wieder ins Leben zu rufen. So sonnig war das seinerzeit nicht. Einige werden sich noch daran erinnern, und der Tourismus meldet von Jahr zu Jahr, voller Freude, daß hier eine neue Attraktion immer wieder in Paketlösungen für unsere Gäste geschaffen wird. Ich glaube schon, daß es sehr notwendig ist, den Verein hier zu unterstützen, es ist aber auch notwendig, daß die Vereinsmitglieder dem Ruhebedürfnis der Anrainer die entsprechende Aufmerksamkeit schenken. Die aufgezeigten Vorfälle werden sicher nicht jeden Tag passieren. Aber wenn du ohnehin schon den Herrn Mader und den Herrn Nekolny darauf aufmerksam gemacht hast, so kenne ich beide gut genug, daß sie darauf die entsprechenden Konsequenzen nachfolgen lassen werden. Ich bitte um Zustimmung zu der, für den Verein sehr notwendigen, Förderung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr.

Abstimmung! Wer für den Antrag stimmt, bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL HOLUB:

Das war also ein Antrag aus dem Bereich Tourismus, der in der letzten Zeit gerade über den Adventmarkt in der Zeitung gestanden ist. Ich bin da ganz überrascht, wer sich aller um was Gedanken macht, da ereilt einen dann auch in der Ferne die Nachricht, daß man plötzlich für den Adventmarkt zuständig wäre. Ich danke dem Hrn. Koll. Schloßgangl, der einem unaufmerksamen Briefschreiber eine aufmerksame Antwort gegeben hat. Dem wäre also nichts hinzuzufügen, außer dem Ersuchen, daß man doch bitte von den veranstaltenden Stellen, dem Äußeren des Christkindlmarktes am Stadtplatz mehr Aufmerksamkeit schenken möge. Mehr kann ich dazu nicht beitragen, weil damit schon mein Ressort erledigt und erschöpft ist.

Der Antrag, der jetzt im GR. vorzulegen ist, betrifft mein zweites Ressort, eigentlich eines der großen Sorgenkinder des GR. der Stadt Steyr und auch der schutzbedürftigen Bevölkerung, nämlich des Alten- und Pflegeheimes Tabor. In Fortsetzung der Sanierung der schlecht wärmedämmenden Fensterelemente soll an der Kollerstraße die Giebelseite erneuert werden, und ich bitte um die im Amtsbericht vorgeschlagene Freigabe von S 530.000,-- netto. Die Maßnahme ist ebenso budgetiert, wie die Maßnahmen, die der hohe Stadtsenat in seiner vorletzten Sitzung zurückgestellt hat, weil darüber offensichtlich nicht genügend Aufklärung gegeben war. Es tut mir leid. Ich denke aber, daß die offenen Fragen mittlerweile auf der Beamtenebene erledigt wurden. Zumindest war das meine Bitte, wie ich davon gehört habe, an alle betroffenen Stellen, daß man hier ja doch die entsprechenden Antworten geben sollte. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Jetzt aber sollen die Kunststoffelemente in der Kollerstraße an der Giebelseite ausgetauscht werden. Es ist dort eine der größten Kälte- bzw. Wärmebrücken vorhanden. Der Ausschuß für die Angelegenheiten des Altenheimes konnte sich von diesem Übelstand überzeugen, und bittet sie mit mir gemeinsam um die Beschlußfassung über diesen Antrag.

Mein Antrag lautet:

7) Bau H-155/95 Alten- und Pflegeheim Tabor Erneuerung Kunststofffensterelemente Kollerstraße Giebelseite;

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Hochbau vom 18. 10. 1995 wird der Vergabe der Erneuerung von Kunststofffensterelementen in der Kollerstraße Giebelseite für das Alten- und Pflegeheim Tabor wie folgt zugestimmt:

Fa. Niederleitner, Pöchlarn netto S 498.698,62

Für diverse Leistungen, die mittels Bestellschein beauftragt werden, werden Mittel in Höhe von netto S 31.301,38 genehmigt.

Zu diesem Zweck werden Mittel in Höhe von netto S 530.000,-- bei der VSt. 5/4200/010000.9 freigegeben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übergebe den Vorsitz an Fr. Vizebürgermeister Mach.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz. Wird zum Antrag das Wort gewünscht? Hr. Vizebürgermeister Dr. Pfeil hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Fr. Vizebürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren. Dieser Antrag, Alten- und Pflegeheim Tabor, ist auch nur ein Teilstück von Anträgen, die wir laufend bekommen. Die Renovierung des Alten- und Pflegeheimes beschäftigt uns ja seit wir hier in dieser Zusammensetzung im GR. sind. Wir haben von Anfang an überlegt und haben gesagt, wir haben dort extremen Nachholbedarf, hier ist etwas versäumt worden. Es wurde in den letzten 4 Jahren Beträchtliches geschaffen. Nur glaube ich, ist es jetzt an der Zeit, gerade angesichts der budgetären Notlage der Stadt Steyr, daß wir einen generellen Zwischenbericht machen sollen - müssen, um zu wissen, wie es weiter geht in diesem Heim. Ich möchte einen Gesamtzustand des Hauses haben, nicht das wir dauernd hören: Dort ist wieder ein Dach undicht geworden, hier müssen wir ein Fenster austauschen, da ist eine Feuchtigkeit. Hier sollte man einmal genau überlegen - Zwischenbericht - , was hat sich die letzten 3 Jahre getan. Dann komme ich zum nächsten Punkt, es muß ja alles überschaubar werden: Wir haben gemeinsam, einstimmig, im Stadtsenat mit einem Amtsbericht beschlossen, wo Überlegungen angestellt worden sind, über eine Verselbständigung des APT. Hier hat der Stadtsenat einstimmig vor 2 Jahren beschlossen, zur Erreichung der im Ergebnis positiven Überlegungen zur Verselbständigung des APT Steyr, ist die Verselbständigung des APT zum ehest möglichen Zeitpunkt anzustreben und bis spätestens 31. 12. 1995 abzuschließen. Jetzt frage ich den zuständigen Referenten: Was hat er bis jetzt getan? Wo sind die Zwischenberichte? Wird es rechtzeitig abgeschlossen, die Verselbständigung des APT? Sie werden zugeben, die Personalsituation, auch vom Finanziellen her, wird, da können sie nicht überall etwas dafür, unüberschaubar. Wir haben über 70 % des Gesamtetats für Personalkosten, und wenn wir weitere Personalkosten bekommen, weil wir das Personal in der Zusammensetzung ändern sollen, wollen oder müssen, so wird das noch zu klären sein. Insbesondere, wenn man die Pflegehelferinnen, die man jetzt aufgeschult hat in Altenfachbetreuer, wenn hier überlegt wird, diese von d in c einzustufen, dann wird das eine Menge kosten. Aus diesem Lichte auch heraus, wird man sich sehr wohl überlegen müssen, wo bleibt die Verselbständigung, wo wir aus diesen Zwängen draußen sind. Ich bin nicht der Meinung, daß wir eine Verselbständigung machen sollen, wie wir es teilweise gemacht haben bei der GWG oder beim RHV, daß wir nur die Personalkosten ausgegliedert haben und die Personalkosten nicht im Gesamtbudget im o.H. der Stadt drinnen sind. Das verstehe ich nicht unter einer Verselbständigung. Ich glaube, darüber sollten wir diskutieren, damit nicht jeden zweiten, oder fast jeden GR., ein Antrag auf eine weitere Reparatur in irgend einem Bereich des Altenheimes kommt. Hier wäre schon eine Gesamtlösung dringend an der Zeit.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächste Wortmeldung, Frau GR. Anna Jeloucan.

GEMEINDERÄTIN ANNA JELOUCAN:

Verehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. Das die geplanten Investitionen bei den Umbauarbeiten im Alten- und Pflegeheim Tabor eine dringendst notwendige Sache sind, sind wir alle einer Meinung. 1992 wurde ein Investitionserfordernis erstellt, daß ein Gesamterfordernis von S 63.850.000,-- beziffert und nach Prioritäten innerhalb von 4 Jahren durchgeführt werden soll. Die Akten liegen auf. Es ist in der 4jährigen Prioritätenaufstellung vorhanden. Ich stelle aber fest, zum Bedauern der Bewohner, daß wir einen gewaltigen Verzug der Umbauarbeiten haben, die zum Wohle der Bewohner raschest durchgeführt werden sollten. Wenn das aber schon nicht möglich ist, glaube und finde ich auch, daß zumindest die Aufenthalts- und Bewegungsräume dementsprechend adaptiert werden sollten, mit den vorhandenen Möglichkeiten, die überhaupt zu günstigsten Preisen möglich wären. Ich meine auch, daß die Menschen, die ihren Lebensabend im Alten- und Pflegeheim verbringen, auch einen würdigen Lebensabend verbringen können. Kurz noch zum Personal, was ja eben auch angesprochen wurde und auch aufgrund der Richtlinien vom Land, wir einen überhöhten Personalstand haben, und trotzdem erfolgt die Pflegebetreuung nicht in dem Ausmaß, wie es sein sollte. Kritiken gibt es immer von Familienangehörigen, die leider festzustellen sind, die ich aber heute hier nicht ansprechen möchte. Wir haben am Montag unsere APT-Sitzung, und ich werde sie dort informieren. Wir müssen dieser Sache nachgehen, ob und wie weit das stimmt. Ich möchte trotzdem noch einmal zurückkommen auf die Investitionsplanung des APT, und sie darauf aufmerksam machen, wenn man die Akte durchsieht, daß es eine erhebliche Überschreitung der ursprünglichen Vorgabe vom Budget sein wird, und auf das, Hr. StR. Holub, möchte ich sie auch darauf ansprechen, und wir werden auch hier im GR. wieder einer Überschreitung zustimmen müssen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu den Umbauarbeiten möchte ich kurz sagen, daß mir persönlich auch sehr wichtig ist und es in erster Linie zum Wohle der Bewohner sein sollte, denn wenn ich mir manche Aufenthaltsräume anschau, und ich glaube es ist wichtig, daß die Leute aus den Zimmern herauskommen zur Kommunikationspflege, daß sie sonst vereinsamen in den Zimmern, und sie wirklich das Recht haben in Würde alt zu werden, sollten manche Räume.... Mit geringen Mitteln kann man diese umgestalten und umbauen. Ich kenne welche, die trauen sich nicht mehr in den Aufenthaltsraum rein, weil es ist mehr oder weniger ein Abstellraum zum Teil. Das kann aber nicht sein, weil es muß jeder seinen Beitrag leisten, und wenn auch die Pension etwas kleiner ist, für ihn ist es trotzdem das meiste seines Einkommens, was er dazu beisteuert. Das soll uns wirklich alle am Herzen liegen. Die Umbauarbeiten sollen in erster Linie - dem Personal auch, daß es sich wohlfühlt - den Bewohnern zugute kommen. Das ist, glaube ich, dem ganzen Gemeinderat ein Anliegen. Das sollen wir wirklich in den Vordergrund stellen.

Die nächste Wortmeldung war vom Hrn. GR. Fürweger.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, werter Gemeinderat. Ich habe hier ein dickes und ein dünnes Skriptum. Das dickere haben wir bekommen im Juli 1993, es ist die Vamed-Studie. Es hat damals einen Auftrag gegeben der Stadt an eine sehr gute Firma, die recht berühmt ist bei der Errichtung von Spitälern, bei der Organisation, bei der Betreuung von Spitälern und Altenheimen. Wir haben das präsentiert bekommen von dieser Firma, im Ausschuß dann noch einmal. Wir haben eine Soll-Konzeption bekommen, eine Auflistung praktisch, über das ganze Alten- und Pflegeheim Tabor, über Maßnahmen, die zu treffen sind, kurzfristig, mittelfristig und langfristig. Wenn wir uns die kurzfristigen anschauen, so ist nicht viel geschehen Hr. Stadtrat, außer, daß wir eine neue Heimordnung haben, hat sich doch nicht viel geändert. Ich glaube, sie nehmen ihr Referat ein bisserl zu leicht. Man sieht es alleine schon deswegen, weil sie jedesmal so spät kommen bei den Ausschußsitzungen. Immerhin sind sie der Vorsitzende, da wäre es wirklich ihre Pflicht, das ein bisserl ernster zu nehmen. Wenn ich mir so kleine, kurzfristige Umsetzungen so ansehe, die sind nicht immer nur mit Geld verbunden. Die Vamed-Studie sagt doch aus, daß man im organisatorischen Bereich einiges machen sollte. Mein Vorredner, Dr. Pfeil, hat es auch schon angeschnitten. Die Betriebsführung, das haben die Leute auch schon vorgeschlagen, könnte man in eine GesmbH umwandeln, und der Stadtsenatsbeschluß müßte jetzt seine Gültigkeit finden; Entscheidung des Rechtsträgers über die zukünftige Betriebsführung des APT. Wir haben das alles durchgemacht und durchgesprochen, nur sie zeigen uns immer nur kleine Anträge von Fensterreparaturen usw.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächste Wortmeldung Hr. Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Das Zentralaltersheim ist ein Dauerbrenner, das ist ganz klar. Es ist dem beizupflichten, was Hr. Vizebürgermeister Dr. Pfeil gesagt hat, daß es hier höchste Zeit ist, daß wir eine Art Zwischenbericht bekommen. Ich bin eben wahrscheinlich berufsgeschädigt und muß deswegen auch immer wieder etwas zur Verteidigung von Anderen sagen, um dabei aber vielleicht auch wieder in anderer Richtung angreifen zu müssen. Es ist sehr schwer, diese Situation beim Altersheim, insoferne, als ja jahrelang nichts geschehen ist.

ZWISCHENRUF STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Wie beim Hallenbad!

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGERN:

Das jetzt in so kurzer Zeit alles nachzuholen, das ist eben ein Ding der Unmöglichkeit. Wir haben schon genug zu tun, wenn wir dem entsprechen, was der Rechnungshof vorgegeben hat, bei seiner letzten Einschau oben. Dieser Zwischenbericht, der meines Erachtens wirklich eine Notwendigkeit wäre, sollte aber auch und wieder, nicht nur die Kostensituation erfassen, weil ja schließlich eine Kostenrechnung, die nicht laufend wiederholt wird, ist keine, sondern auch die Personalsituation nach Qualifikation und nach den bekannten Übelständen, sprich Krankenständen, beleuchten. Ich habe meine Mutter oben und sehe daher sehr oft, was von der Betreuung her nicht geschieht. Ich

versuche es selbst mit den Zuständigen zu besprechen. Aber ich gebe dem Recht, wenn hier erwähnt wurde, daß eben nicht alle sehr zufrieden sind mit den Pflegeleistungen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu noch eine Wortmeldung? Hr. GR. Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Fr. Bürgermeister, sehr geehrter Hr. Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des GR., sehr geehrte Anwesende.

Ich glaube, der Hr. StR. Holub hat es nicht not, daß man ihn verteidigt. Aber ich bin auch ein Mitglied des Ausschusses für das APT und meine nun, daß wir uns diese 3 Jahre sehr wohl bemüht hätten und bemüht haben, und sehr viele Probleme besprochen haben, und auch sehr viele Neuerungen und wichtige Einführungen gefordert und verlangt haben. Ich meine, Hr. Koll. Fürweger, da haben wir schon sehr vieles aufgezeigt und Hr. StR. Holub hat sehr vieles gefordert und hat auch hier schon immer wieder hingewiesen, was wir bräuchten, und was wir tun müßten. Aber das ist eben hier nicht durchgegangen. Darum schadet es nicht, und es ist ja wichtig zum Wohle der Seniorinnen und Senioren, daß wir darüber reden. Ich verstehe die Damen und Herren von den Sozialdemokraten nicht ganz, denn wenn ich daran denke, wie das Gespräch vor 3 Jahren begonnen hat, als wir meinten, man hätte das Wohl der Seniorinnen und Senioren zu wenig beachtet, man hätte nur Betten hineingestellt, damit wir sagen können, wir haben 120, 129 aufgenommen, und man hätte da zu wenig getan, und man hätte vielleicht der Menge der Aufnahme einfach Rechnung getragen, da haben wir andere Wortmeldungen gehört, als heute. Es scheint mir gut zu sein, daß die Besinnung kommt, daß es sehr wohl um das Wohl der Bewohner geht. Ich meine auch, von den Anträgen her, daß immer wieder Anträge um etwa kleinere Summen kommen müssen, daß das an unserem System hängt und in unserer Art, wie wir ein Budget machen. Da müssen wir auch einmal neue Formen finden, dann werden nicht Anträge um S 300.000,-- und dann wieder um S 300.000,-- kommen, dann könnten wir ein Gesamtkonzept so beschließen, wie wir es eigentlich wollten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächste Wortmeldung Hr. StR. Holub. Nicht das Schlußwort.

STADTRAT KARL HOLUB:

Deshalb nicht als Schlußwort, sondern als Wortmeldung geplant, weil ich von der Diskussionskultur nichts halte, daß man eine ganze Menge Leute reden läßt und dann mit einem Schlußwort über alle darüber fährt. Wenn, dann möchte ich wirklich diskutieren können, weil mir das Alten- und Pflegeheim, nicht nur aus der politischen Aufgabenstellung, sondern auch von meiner sozialen Grundeinstellung her, wie sie wissen, seit vielen Jahren ein echtes Anliegen ist. Daß mir das Schicksal der alten Leute, die da auf Wohl oder Weh auf die Betreuung angewiesen sind, sehr am Herzen liegt, das glaube ich, wird selbst mein böswilligster Kritiker wohl kaum bestreiten. Das man versucht, an der Weste von irgend jemanden zu kratzen, das ist Teil der politischen Unkultur oder Teil der politischen Kultur. Wer sich auf dieses Pflaster begibt, der muß das hinnehmen. Das ist eben

so. Ich wollte ihnen nur vor Augen führen, was Hr. Koll. Lengauer in seiner Wortmeldung auch schon angeführt hat, daß der Um- und Ausbauplan im Jahre 1992 im wesentlichen fertiggestellt war, nachdem ich 1991 das Ressort übernommen habe und in einer sehr heftigen Auseinandersetzung mit Teilen der Beamtenschaft, die unbedingt das auf 5 Jahre hin strecken wollten, wo ich mit der Verwaltung gemeinsam einen 3-Jahres-Sanierungsplan entwickelt hätte -aber ein Teil von ihnen weiß davon und ein Teil will es heute nicht mehr wissen - ist dann ein geschleppter 4-Jahresplan daraus geworden und jetzt ein verschleppter 5-Jahresplan. Wenn jemand darüber diskutiert, ob die Unterbringung von Menschen in mechanisch unterstützten Pflegebetten ein Luxus in Maschinen ist, eine Investition in Maschinen mit mehreren Elektromotoren ist, dann macht einen das - gelinde gesagt - fassungslos. In dieser Diskussionskultur haben wir uns aber bewegt. Vor der Notwendigkeit, die Gebäudesanierungen voranzutreiben, hat man sich zum Teil durch Spiegelfechtereien gerettet, in dem man zweite Fronten eröffnet hat für rutschige Böden, so als wenn ich persönlich etwas dafür könnte, wenn eine nach Normen ausgesuchte Fliese, wenn man sie unter Wasser setzt, rutscht. In solchen Ebenen hat man sich dahinbemüht, und somit hat man sich auch die Zeit genommen, um tatsächlich die Konzeptivität weiter mitzubedenken. Natürlich hätte es den Wunsch gegeben, den auch meine Fraktion in allen Jahresbudgets mit beinhaltet hat, die Aufenthaltsmöglichkeiten der Bewohner zu verbessern. Natürlich, das können sie nachlesen, bei all den Anregungen, die die ÖVP-Fraktion zum Alten- und Pflegeheim gemacht hat. Natürlich war es aber dann der Finanzhoheit vorbehalten, dieses als Jux und Tollerei darzustellen, und die Mittel dort so weit herunter zu kürzen, daß wirklich nur mehr die Gebäudesubstanzerhaltung an notwendigsten Flächen möglich war. Da ist es eben nicht mehr möglich, ein längerfristiges Konzept konsequent zu verwirklichen, sondern da muß man das Häfen dort flicken, wo das Loch ist. Bedauerlicherweise ist es die Situation, wo wir seit Jahren dahin wursteln. Wir haben viel erledigen können, längst aber nicht in dem Ausmaß, wie es sich die alten Menschen in unserer Stadt verdient hätten. Aber sie wissen selber ganz genau, daß die einzelnen Jahresetappen zwischen 15 und 24 Mio. Schilling beinhaltet hätten, und daß man mir aber dann vom hohen Gemeinderat in der Budgetbeschlußfassung dazu S 7 Mio. zugebilligt hat. Das ist die Wahrheit und diese Kretsche, die kann man nicht. Die ist einfach nicht möglich, und vor dem Hintergrund sollten wir auch, und das war einer der Gründe wo ich gesagt habe, wir sollen endlich einmal reinen Tisch machen und sollen schauen, wo ist das System zu erhalten, und wo können wir noch Kraft schöpfen, um Neues zu tun, oder Begonnenes fortzusetzen und in welcher Reihenfolge. Wenn wir uns über die Dringlichkeiten und über den Aufwand aber nicht im klaren werden, dann werden wir in 10 Jahren, wahrscheinlich aber mit einem anderen Referenten, mit anderen Handelnden im GR., ähnliche Diskussionen führen. Meine Damen und Herren des GR., der Rechnungshofbericht über das Alten- und Pflegeheim 1989/90 war schlimm genug. Es war schlimm genug, was im Alten- und Pflegeheim Tabor an Übelständen aufgezeigt wurde. Ich will mich jetzt nicht daran ergötzen und vielleicht den Übermut der Vorwahlzeiten dazu ausnützen, um Hände in offene Wunden zu legen. Wer sich noch an die Vergangenheit im Alten- und Pflegeheim erinnert, ich habe auch noch die Fotodokumentationen, ich habe auch noch Videofilme über die Zustände, sie können sie gerne anschauen, der wird mir Recht geben, daß zunächst einmal der hygienische Standard herzustellen war, und zwar dringendst. Daß das in so einem riesigen Haus mit erheblichen Mitteln verbunden ist, ist die eine Seite, und daß die Zusammenarbeit zwischen der administrativen Leitung des Hauses in der Verantwortung der Koordinierung der Maßnahme und in der planenden und antragstellenden Bauabteilung nicht immer optimal war, ist uns allen noch in sehr trauriger Erinnerung. Wir haben sehr intensiv daran gearbeitet, hier Verbesserungen herbeizuführen, und kommen dann immer wieder an eine schreckliche Situation, daß manches, was man im Standard des endenden 20.Jahrhunderts als menschliche Selbstverständlichkeit ansieht, noch immer dann und wann, selbst vom GB-Leiter, der dafür jetzt zuständig ist, als Luxus angesehen wird. Ich fordere sie wirklich ganz entschieden auf, gehen sie bitte mit mir den Weg weiter, daß die Menschen hier oben nicht asylisiert sind, sondern daß sich hier im Alten- und Pflegeheim Tabor und in den Heimen, die wir noch weiter bauen müssen, weil der Bedarf da ist, die wir weiter bauen müssen, und da haben wir als GR. nicht die Frage zu stellen, „können wir uns das leisten?“, sondern da haben wir uns die Frage zu stellen, was denn muß dafür entfallen, damit wir die alten Menschen in der Stadt zeitgemäß unterbringen können.

Jetzt habe ich den Satz nicht mehr fertiggemacht, den ich vorhin angefangen habe. Ich bitte um

Entschuldigung dafür. Beim Nachlesen wird das nicht gut aussehen.

Reden wir also bitte nicht vom Asylieren von alten Menschen, sondern von zeitgemäßer Unterbringung, und sorgen wir ohne Zorn und Ärger dafür, daß nicht gegenseitig das Schienbeintreten zwischen den Disziplinen auch in der Beamtenschaft stattfindet. Das ist ein sehr übler Vorgang, wenn einerseits eine grundsätzliche Feststellung der Vamed dazu geführt hat - Entschuldigung wenn das jetzt ein bisserl länger dauert, aber es ist ein Thema, das wirklich auch einmal besprochen werden sollte - , daß ein Teil der Unzukömmlichkeiten in der finanziellen Hinsicht auch daher kommt, daß die Dienstpläne uneinheitlich sind, und daß daher mit unterschiedlichen Überstundenbelastungen der einzelne Mitarbeiter die Sicherheit der Bewohner aufrecht erhalten werden muß. Eine Katastrophe so etwas, wenn ein Betrieb 3 verschiedene Dienstzeiten in sich selber hat. Eine Katastrophe, wohl erkannt, wohl erkannt, versucht zu beheben. Die Pflegedienstleiterin hat auch den Auftrag gehabt einen einheitlichen Dienstplan herzustellen, der leider Gottes dann vom GB-Leiter wieder aufgehoben wurde. Ich sage es ihnen jetzt nur. Ich will ihnen nicht die ganze unappetitliche Breite von Meinungsverschiedenheiten und gegenseitig nicht miteinander umgehen können oder wollen - ich weiß es nicht - hier ausbreiten. Ich will das gar nicht tun, weil es nur zur Verunsicherung der schwächsten in unserer Gesellschaft dient, nämlich der hilflosen Leute, die im Pflegeheim oben betreut werden müssen. Es ist richtig, und es macht mir Kummer, daß dann und wann Angehörige über Pflegefehler klagen oder über zuwenig Aufmerksamkeit. Ich muß ihnen aber auch sagen und hier eine Lanze für das Pflegepersonal brechen, daß nach meinem Dafürhalten, der wesentlich größte Teil eine aufopfernde Arbeit macht. Allerdings unter Bedingungen, die nicht zufriedenstellend sind. Deshalb ist auch seit 3 Jahren der Plan, im Objekt Hanuschstraße eine zusätzliche Dienstabteilung einzurichten unbedingt notwendig, weil nämlich in der ehemaligen „Heimabteilung“ eine Halbschicht Dienst macht, für - wie sie alle wissen - etwa 150 Bewohner, plus - minus, diese über 4 Etagen verteilt sind, 2 in der Hanuschstraße, 2 in der Kollerstraße, und das Dienstzimmer im Nordende in der Kollerstraße ist. Sie können sich nicht vorstellen, was das an doppelseitigem Elend verursacht. Das des alten Menschen, der, nach langem Ringen ist es ja gelungen den Notruf auch auf diese Abteilung auszudehnen, weil er sich nicht gut fühlt oder weil er gesundheitlich in Not ist, den Notruf betätigt, bis dann endlich quer durch das Haus über eine Entfernung von 300 - 350 Gehmetern Hilfe kommt. Nur deshalb, weil das Dienstzimmer nicht dort ist, wo die Leute sind. Um das geht es nämlich auch. Wir haben Struktur nachzubringen, die anderswo eine glatte Selbstverständlichkeit ist. Es gibt niemanden auf Gottes Erde der annimmt, daß man einen geordneten Dienstbetrieb ohne geeignetes Dienstzimmer aufrecht erhalten kann. Es gibt niemanden. Ich verstehe nicht, was immer wieder dazu führt, daß diese unbedingt notwendige Investition zur Sicherheit der Bewohner, nicht zum Komfort für die Mitarbeiter, daß diese noch immer nicht stattfinden konnte. Ich verstehe auch nicht ganz, daß man zuerst einmal in Kostenschätzungen kommt, von Kostenschätzungen Berichtsableitungen trifft, Vorlagen macht und im nachhinein dann feststellt, daß dem Pflegepersonal das oder das nicht zur Hand liegt. Der eine Antrag, den ihr mir zurückgestellt habt im Stadtsenat, hat den Hintergrund, daß man versucht hat, in die neuerrichteten Zimmer eine Selbstverständlichkeit, nämlich zumindest eine Toilette, einzubauen. Das war in der ursprünglichen Planung nicht drinnen, weil die Experten mir gesagt haben, das ist nicht möglich. Dann hat man gesagt, das müßt ihr einfach ermöglichen, weil es nicht anders geht und siehe da, es war dann doch möglich. Aus dem kommen die Überschreitungen. Das kommt daher, daß es im Ursprung nicht angedacht war, zwar bekannt, aber nicht angedacht war in der Realisierung, daß man für ein Haus, wo sehr viel unreine Wäsche im Verkehr ist, auch Abstellräume macht, die geruchsdicht sind vor dem Wohnbereich. Das ist der zweite Teil der Überschreitungen. Der dritte Teil der Überschreitungen ist der, daß man versucht hat, in die Aufenthaltszonen, wo die Bewohner in den Wohntrakten, in Zukunft auch die weniger Gehfähigen ihr Essen einnehmen sollen, dort halbwegs ein Äußeres haben, das nicht wie eine Fettküche aussieht, sondern halbwegs wie ein Wohnbereich. Das habe ich dann entgegen der ursprünglichen Kostenschätzung durchgesetzt, und daher kommt die dritte Überschreitung. Ich möchte ihnen auch nur sagen, das ist also nicht Planlosigkeit. Wir bringen viele Beamte im Haus - das möchte ich jetzt auch noch sagen - in eine arge Gewissensnot. Auf einer Seite gebietet ihnen der GR., baut billigst, richtet billigst ein, und auf der anderen Seite sollen sie aber die notwendigen Standards nicht vergessen. Billigst ist nicht bestens. Die Möglichkeit, Kühlschränke entweder so hinzustellen, daß

das wie ein Wohnraum aussieht oder wie eine Industriehalle, zweckmäßig ist auch der Standard Industriehalle. Ich möchte unter den in der Budgetvorschau geplanten Bedingungen nicht leben müssen, und darum haben wir gesagt, das müßt ihr ändern. Daraus resultiert der Überhöhungsbetrag. Es tut mir leid, daß das nicht ordentlich aufgeklärt wurde. Es war im Bericht mir selber eigentlich schon ersichtlich, daß das logisch sein müßte, aber vielleicht habe ich angenommen, daß sich alle in gleicher Dichte mit den Notwendigkeiten auseinander gesetzt haben. Vielleicht war das auch ein Irrtum.

Ich möchte zu den anderen Dingen auch noch gleich bei der Gelegenheit etwas sagen dürfen. Den gewaltigen Verzug, den die Fr. Jeloucan annahmt bei den Umbaumaßnahmen, den erkenne ich auch mit tiefem Kummer, mit wirklich tiefem Kummer, weil das sich auf Rücken abspielt, die nicht beliebig belastbar sind, nämlich den Rücken der alten Menschen. Daß die Aufenthaltsräume ein Minimalanliegen auch des Ausschusses sind, wir sind ja über die Budgetkonzeption im Ausschuß beisammen gesessen, nicht nur über kleine Reparaturen, wie der Hr. Koll. Fürweger das in seiner Liebenswürdigkeit darstellt. Wir haben also die Aufenthaltsräume, als Forderung S 700.000,-- im Budget zur Ummöbelierung der Aufenthaltsräume drinnen gehabt. Die Geschäftsbereichsleiter haben beschlossen, das ist nicht notwendig. Das war ein Ergebnis dieser sonderbaren Klausur, meine Damen und Herren. Was soll denn hier ein politischer Referent noch tun, wenn die Diskussion auf der anderen Ebene nicht so läuft, wie sie soll. Zu Kosteneinschätzungen, das habe ich schon angesprochen, über die Einstufung der Pflegehelfer von d in c, kann ich persönlich überhaupt nichts beitragen, genauso wenig über die Entlohnungssituation oder Privilegiensituation ich persönlich irgend etwas tun kann, weil durch die Eingliederung in die Hoheit des Magistrates, das Personalwesen im Alten- und Pflegeheim Tabor völlig aus den Händen des politischen Referenten für das Alten- und Pflegeheim ist. Das ist eben so, ob sie das wahrhaben wollen oder nicht. Darum hat die Vamed-Studie unter anderem, wie zu erwarten, auch ergeben, daß eine Verselbständigung zu einer Klarheit in der Kostensituation und zu einer besseren Entscheidungsstruktur im Alten- und Pflegeheim führen kann. Am 10. 2. 1994 hat daher der Stadtsenat den Beschluß gefaßt, eine Verselbständigung des Alten- und Pflegeheimes zum ehestmöglichen Zeitpunkt anzustreben, und diese bis 31. 12. 1995 erfolgreich abzuschließen. Im Juli 1995 hat es dann endlich einen gemeinsamen Termin mit der Magistratsdirektion gegeben, wo wir über einige grundsätzliche Punkte, die dabei zu beachten sind, eine Darstellung gefunden haben. Und zwar möchte ich ihnen die Punktation auch wirklich jetzt sagen, weil es schon so andiskutiert war, und selbst wenn es Zeit dauert, aber ich bin überhaupt nicht bereit, mich hier anwerfen zu lassen, und auf der anderen Seite ihnen nicht die Überlegungen klar zu legen. Daher mache ich es jetzt auch.

1. Möglichst weitgehende, direkte Führungsverantwortung, d.h., Kompetenz der Betriebsleitung hinsichtlich Sachmittel und Personal ist anzustreben. Das ist das Ein und Alles in einem Betrieb, wenn der Betriebsführer nicht die Personalhoheit hat, dann kann das nur daneben gehen. Das beweisen wir laufend. Es ist also eine Maxime hier so zu erfüllen.

Das zweite ist: Die Finanzverantwortung hat bei der Betriebsleitung zu sein. Das erstreckt sich aber auch auf die Antragsstellung an den Gemeinderat. Der Verwalter des Alten- und Pflegeheimes Tabor ist nicht einmal über die Hälfte des Budget selbst antragsberechtigt, die andere Hälfte geht über das Bauressort. Er kann aber auch nur die Anträge vorlegen, zu denen sein Geschäftsbereichsleiter ja sagt, und da ist wieder der Streit zwischen Pflegepersonal und ärztlicher Aufsicht nur anzusehen.

3. Die Bedachtnahme auf eine möglichst steuerschonende Lösung bei der Verselbständigung des Alten- und Pflegeheimes ist eine Selbstverständlichkeit, man wird nicht öffentliches Geld dazu benützen, um hier Steuern zu verwenden und zu zahlen, wenn es nicht notwendig ist. Es muß eine formale Festlegung von Rahmenbedingungen geben, die den Rechtsträger und den Erhalter definiert, also eine Satzung oder ähnliches. Es muß die gewählte Betriebsform eine Erweiterung anderer zusätzlicher Betreuungseinrichtungen ermöglichen, wenn wir schon diskutieren, ein neues Pflegeheim, zumindest am Standort Münchenholz und in allen anderen Standorten weiter, dann muß es auch so sein, daß die Betriebsform das in einem vernetzten System ermöglicht. Das ist auch eine

der Ausgangspunkte.

Das dritte ist, und das müssen wir auch respektieren, daß die Bediensteten im Alten- und Pflegeheim sich als öffentliche Bedienstete fühlen, und die Sicherheit des öffentlichen Dienstverhältnisses auch gewahrt wissen wollen. Unter den Voraussetzungen ist eine Konstruktion zu finden, das war die Festlegung, die wir im Juli getroffen haben, und wir haben dazu beschlossen, den Weg in zwei Etappen zu gehen; das eine ist einmal die Herausgliederung in einen selbständigen Regiebetrieb mit eigener Satzung, mit eigener Rechtskörperschaft in Planung vorzunehmen. Es ist eine Rohplanung bereits vorhanden, die wird nach Möglichkeit ehestald zur Diskussion gestellt werden. Ich habe hier, während ich jetzt auf Kur war, Gelegenheit gehabt, die Telekommunikation zu beanspruchen und habe daher meinen Wissensstand Gott sei Dank mit einbringen können in die Vorbereitung dieser Entscheidung. Aber ein zweiter Schritt wird uns nicht erspart bleiben, wenn es aus verschiedenen Gründen vielleicht auch der Wunsch nach „warme Eislutscher“ ist, nämlich die absolute Verselbständigung in eine eigene GesmbH oder eine ähnliche Rechtsform, wobei die GesmbH Vorteile hat oder andere Möglichkeiten auch noch zu diskutieren sind. Das ist aber der zweite Schritt. Teilkapitalträgerschaft der Stadt, das werden wir dem Alten- und Pflegeheim nicht ermöglichen können, daß wir die Stadt aus der Kapitalträgerschaft entlassen, denn ein Zuschußbetrieb wird es immer sein, das steht fest, und wer bezahlt, wird also auch in irgend einer Form, nämlich der Gemeinderat der Stadt Steyr, das Aufsichtsrecht über den Betrieb haben müssen. Das gilt es dabei zu bedenken. Wenn sie sich jetzt noch vor Augen halten, daß das Alten- und Pflegeheim Tabor als Wirtschaftsbetrieb mit 180 Mitarbeitern, mit einem ihnen bekannten Bilanzvolumen, wenn es eines gäbe, aber einen Jahresgeschäftsvolumen, das können sie ja aus den Rechnungsabschlüssen ablesen, ein durchaus großer Betrieb ist, nach den Gesichtspunkten der kaufmännischen Buchhaltung nicht geführt wird, sondern nach den Gesichtspunkten der Verwaltungsbuchhaltung, der Kameralistik, dann erkennen sie den hilflosen Versuch, mit unzulänglichen Mitteln Mauern einzureißen. Man wird also notwendigerweise ehestmöglich auch beim selbständigen Regiebetrieb eine eigene kaufmännische Buchhaltung unverzichtbar installieren müssen, wenn man nämlich die Wirksamkeit von Investitionen und von Folgekosten glaubhaft darstellen will, so geht das mit der Kameralistik durchaus nicht. Das wissen alle Beteiligten und die Mitglieder des GR., die meine früheren Budgetreden gehört haben, und sie wissen auch, daß ich das in der Gemeinde für einen großen Nachteil halte, daß es keine periodenüberschreitenden Betrachtungen gibt. Aber in einem Wirtschaftsbetrieb, der nach dem Deckungssystem über die Einnahmen sich finanzieren soll, aus dem operativen Ergebnis her sich finanzieren soll, ist es blamabel unverständlich, daß die kaufmännische Buchhaltung noch immer angemahnt werden muß und bis heute noch nicht eingerichtet ist. Es tut mir leid, das ist die Wahrheit. Bis jetzt haben wir es nicht gemacht. Ich fordere wirklich, daß man hier entschieden weiterkommt, damit wir nicht immer nur diskutieren, sondern wirklich einmal etwas bewegen können. Das mache ich aber nicht nur seit heute und seit dieser Diskussion, sondern seit geraumer Zeit.

Der Hr. Fürweger hat die Vamed-Studie angesprochen. Ich nehme es mir als Referent nicht so leicht, und wenn ich zu spät zu Sitzungen komme, so ist das aus der Nebenberuflichkeit des Referenten auch zu erklären, der seinen Dienstort, wie sie ja vielleicht als aufmerksamer Steyrer schon erfahren haben, nicht mehr in Steyr hat, und hier kann es vielleicht passieren, daß man trotz aller Bemühungen nicht pünktlich hier her kommt. Es ist also nicht eine Mißachtung des Ausschusses, die mich dazu verursacht, sondern es ist wirklich oft eine unmögliche Situation. Im übrigen bin ich nicht alleine, der zu spät zu den Sitzungen kommt, sondern befinde mich mit den Damen und Herren des GR., fast ohne Ausnahme, in regelmäßig guter Gesellschaft. Das Betriebsführungsmodell, ich habe es schon erwähnt, ist in Arbeit, soll also zum Beschluß bis 31. 12. vorliegen, und ich hoffe, daß die Gespräche zügiger voran gehen. Es ist mir bis heute nicht möglich gewesen, als Referent mit dem Hrn. Bürgermeister hier einen gemeinsamen Termin zu finden. Gott sei Dank substituiert ihn hier der Hr. Magistratsdirektor, jedenfalls seit Juli. Es ist bestürzend, wenn man als Referent für so ein wichtiges Vorhaben keinen Termin beim Bürgermeister bekommt, aber es ist die Wahrheit. Ich hoffe, daß es den anderen Referenten in ihren Anliegen, aus ihren Ressorts, besser geht. Der Zwischenbericht; selbstverständlich ist er mir ein Anliegen, Hr. Dr. Schwager. Natürlich ist es auch notwendig. Er ist ja auch zu stellen an die Wohnbauförderung, die uns Gott sei Dank zur Verfügung

steht, wir sind nur in Verzug gekommen, weil die Wohnbaurichtlinien bzw. die Förderungsrichtlinien geändert wurden. Es ist zunächst einmal festzuhalten, daß man uns eine Zusage gegeben hatte, durch die Änderung der Richtlinien aber eine Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn nicht mehr möglich ist bei diesen Sanierungen, sodaß also im Einzelfall abgehandelt werden muß, welche Maßnahme ist förderbar und welche nicht. Zeitverlust - ein halbes Jahr. Es tut mir leid, jetzt sind wir wieder so weit, daß wir wahrscheinlich noch im Dezember den Strich machen können, den du, richtigerweise ich auch, anforderst, sodaß einmal ein Zwischenbericht kommt, was erreicht ist, was wurde zurück gestellt, warum haben wir den Speisesaal nicht

Sie wissen es ja alle, weil sie haben ja alle gesagt, wir haben kein Geld. Das habe ja nicht ich gesagt. Das haben sie gesagt, das war der hohe Gemeinderat der Stadt Steyr, der Souverän dieser Stadt. Also der Griff an die eigene Nase tut dem Einen oder Anderen, der jetzt ermahnen die Hand erhoben hat, gut. Wenn ihr schon die Hand in der Höhe habt, dann greift bitte an die eigene Nase. So ist das Leben.

Die Sache mit der Personalqualifikation habe ich schon erwähnt. Es ist außerhalb des Einflusses des politischen Sachreferenten, den Personaleinsatz zu disponieren und über das Salär zu bestimmen. Sorry, ein schwerer Fehler. Man kommt auf diese Art der Leitungsaufgabe nur unvollkommen nach, aber es ist so, so lauten unsere Rahmenbedingungen. Was an Betreuung alles nicht geschieht, das wäre ich dir dankbar, wenn du mir das unter 4 Augen sagst. Ich bin überzeugt, daß 99,9 % an Betreuungsmaßnahmen ordentlich geschehen. Das beruhigt mich, daß ich das hier sagen kann und über das eine zehntel Prozent, sollten wir gewissenhaft reden können, weil ich glaube, daß es dort, wo es Menschen gibt, auch Fehler geben wird. Hier sind es zwar Fehler an Menschen und daher sehr, sehr bedrückend. Wenn es zu Unzukömmlichkeiten kommt, so soll man diese, ohne Zorn und Ärger, mit den Betroffenen besprechen, und uns um die Abstellung bemühen. Ich muß mich wirklich entschuldigen, daß das jetzt sehr lange gedauert hat, aber es ist ein riesen Thema. Es ist ein riesen Thema, und es ist auch in der Zeit nicht befriedigend zu beantworten, was alles an Gesprächen eingebracht wurde in die Diskussion zum Antrag um die Fenstererneuerung an der Giebelseite in der Kollerstraße. Aber es ist ein wichtiges Gespräch, und ich bin dankbar dafür, daß wir es führen können, und ich bin in keinsten Weise beleidigt oder beleidigbar, was das betrifft, sondern ich empfinde jede der einzelnen Wortmeldungen als persönliche Unterstützung für das, was ich mir persönlich zum Ziel gesetzt habe, nämlich im Alten- und Pflegeheim Tabor menschliche Bedingungen zur Verfügung zu stellen. Nicht mehr will ich, aber auch keinen Millimeter weniger.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wenn auch die menschlichen Bedingungen... Ich möchte sagen, ich war ja eine Woche in Dänemark, und habe mir eine Woche nur Alten- und Pflegeheim angesehen. Man kann auch mit wenigen Mitteln etwas umsetzen, damit sich die Leute wohl fühlen, das habe ich gemeint. Man braucht heute nicht einen riesigen Umbau, daß man sagt, neue Aufenthaltsräume, sondern man kann die vorhandenen umbauen, damit du dich drinnen wohl fühlst. Man darf eines nicht vergessen: Die Menschen, die dort heute oben leben und pflegebedürftig sind, die sind aufgewachsen, da war auch der Wohlstand nicht so vorhanden, und die fühlen sich vielleicht viel wohler, wenn es einfacher eingerichtet ist, aber dafür gemütlich. Das ist ihr Heim und ihr Zuhause, und das hat man auch dort gesehen, auch die hygienische, sprich die Bäderausstattung, war auch nicht alles in so einem Volumen, wie wir es vielleicht jetzt getätigt haben. Es ist mir klar, wenn man heute so umbaut, macht man es auf einen modernen Standpunkt. Aber es waren einfache Bäder. Die kommen von den Sitzwannen schon weg und kommen wieder mehr

Wir haben Badewannen drinnen, und die haben alles nur mit Brausetassen und mit Hocker, weil sie sagen, es ist leichter, einen kranken, alten Menschen dort hin zu setzen und schnell zu reinigen, und er ist immer frisch, weil jeden Tag kann man ihn ja eh nicht baden. Also, so ist eigentlich der

Standpunkt, was ich mir auch mitgenommen habe, und ich finde, man muß eigentlich nur schauen, daß sie sich wohl fühlen. Das in so einem riesigen Haus Investitionen notwendig sind, das wissen wir alle. Betreffend Termin - Bürgermeister: Ich glaube nicht, daß sie keinen Termin bekommen haben...

STADTRAT KARL HOLUB:

Ich habe ihn nicht bekommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das kann ich mir nicht vorstellen.

Betreffend Personal, habe ich vom Land erfahren, daß wir Spitzenwert sind in OÖ, also dürfte hier...

Wir sind das Heim, wo am meisten Personalkapazitäten vorhanden sind. Das sind Spitzenwerte und auch von den Pflegeeinstufungen muß man sagen, daß 148 Bewohner - um nur ein Beispiel zu nennen - in der Pflegegruppe 2 sind, und wir wissen alle, was Pflegestufe 2 ist. In der Pflegestufe 7 haben wir 7 Bewohner und in der Pflegestufe 6 haben wir 10 Bewohner. Das wurde mir vom Land mitgeteilt. Ich habe die ganzen von 0 - 7. Es wird sich wahrscheinlich inzwischen wieder etwas geändert haben, aber ich glaube, es wäre auch wichtig, daß ich wirklich sage, ich mache es bei den Abteilungen so; ich lege die schweren Pflegefälle zusammen. Da setze ich mehr Personal ein und bei den leichteren, die sich selber vielleicht untereinander noch helfen können, brauche ich ja nicht so einen hohen Personaleinsatz. Die brauchen natürlich auch eine Hilfe, weil sonst wären sie ja nicht oben. Aber es sind viele dabei, die fürchten sich vor dem Alleinsein zu Hause, und darum sind sie auch froh, daß sie oben sind, weil sie andere Leute zum Sprechen haben, und weil sie eben auch jemanden brauchen, der ihnen das Essen bringt und auch ein Ansprechpartner ist.

Die nächste Wortmeldung ist Hr. StR. Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Frau Vizebürgermeister, Herr Vizebürgermeister, meine Damen und Herren des GR. Im Zusammenhang mit der durchaus gerechtfertigten Diskussion um Verbesserungsmaßnahmen im Alten- und Pflegeheim Tabor, fällt mir eine gewisse Parallelität auf, obwohl, das möchte ich unterstreichen, in diesem Bereich es um weit mehr geht, als in den Bereichen, die ich zu vertreten habe. Hier geht es nämlich um Menschen, denen man, und das wurde ja bereits mehrmals heute bei Wortmeldungen angeschnitten, einen Lebensabend gönnen soll, den sie wirklich zu recht verdienen. Aber die Parallelitäten sind zweifelsohne in der Form vorhanden, als es mir auch so oft so geht, daß man für Fehler der Vergangenheit jetzt zur Verantwortung gezogen wird, da Dinge über Jahre hinweg nicht so gemacht worden sind, wie sie gemacht hätten werden müssen. Darum habe ich mir den Zwischenruf erlaubt, was das Hallenbad betrifft. Mir geht es auch gar nicht darum, jetzt mit meiner Wortmeldung den Hrn. Koll. Holub in Schutz zu nehmen. Aber wie gesagt, ich sage noch einmal, gewisse Parallelitäten sind festzustellen, daß eben von vorhergehenden Referenten vielleicht bewußt - Mängel nicht behoben wurden, weil ja der Einfluß, wie man weiß, eines Referenten ja auch in sehr vielen Dingen sehr eingeschränkt ist. Vor allen Dingen, was den personellen Bereich betrifft, aber weil eben auf politischer Ebene sehr viele Fehler gemacht wurden, und das war eben einmal so, daß in Zeiten der 2/3-Mehrheit der Sozialdemokraten nicht immer alles zum besten gelaufen ist. Das

erlaube ich mir schon hier anzumerken. Wie gesagt, es waren einige Kritiken gerechtfertigt, wenn sie an den Referenten gerichtet sind, aber mir geht es nicht darum, jetzt meine Hände in die Wunden zu legen, sondern mir geht es darum, daß ich meine Meinung im Zusammenhang mit dem Antrag kundmache, den der Hr. Koll. Holub angesprochen hat, der im Stadtsenat zurückgewiesen wurde, wo es um Umbaumaßnahmen gegangen ist. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß man im Zuge dieser Umbaumaßnahmen plötzlich darauf gekommen ist, da braucht man Toiletten. So habe ich den Antrag gesehen, so haben aber auch viele Mitglieder des Stadtsenates den Antrag gesehen, daß man plötzlich darauf kommt, daß man eben Räumlichkeiten braucht, wo eben gewisse Maßnahmen getroffen werden müssen, um Geruchsbelästigungen in andere Bereiche zu verlegen. Und genau das war es, Hr. Koll. Holub, was mich persönlich auch so verwundert hat, weil es ist wirklich erstaunlich, daß man im Zuge von Umbaumaßnahmen plötzlich darauf kommt, daß man das braucht. Da hätte ich mir persönlich schon vorgestellt, daß man schon vorher eben entsprechend darauf eingeht, schon vorher weiß, was man dort braucht und nicht nachher darauf kommt. Aber wie du heute das aufgeklärt hast, glaube ich, ist es tatsächlich falsch gelaufen. Nur erstaunlich war es schon für die Mitglieder des Stadtsenates, daß man einen Antrag präsentiert bekommt....

Solche Dinge stoßen einfach herauf, denn da kann man wirklich nur davon ausgehen, daß da irgend etwas schief gelaufen ist. Denn wenn es notwendig ist, eine Toilette dort einzubauen, dann bitte schön, da muß man schon vorzeitig und rechtzeitig dafür Sorge tragen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das Beispiel Alten- und Pflegeheim Tabor zeigt dramatisch auf, in welcher Situation wir und Steyr uns befinden. Wir haben hier ein Alten- und Pflegeheim, wo die Kosten - ich sage Österreichweit - mit an der Spitze liegen, wobei die Pflege gut ist, aber nicht optimal, die Bediensteten bemühen sich dort sehr. Die Bewohner sind nicht unzufrieden, aber wir haben dort Handlungsbedarf. Wir können es uns, auch gerade in diesem Bereich, nicht einfach leisten. Es geht einfach nicht, daß wir so weiter tun, wie wenn nichts geschehen wäre, oder wie wenn um uns herum nichts passiert. Deshalb haben wir auch vor 2 Jahren diesen Beschluß gefaßt, es muß was geschehen, es gehört eine Ausgliederung her. Hier war mir schon die Wortmeldung - auch wenn sie sehr lange gedauert hat - vom Hrn. Koll. Holub etwas zu dürftig, in Richtung, warum ist nichts passiert, wenn der Stadtsenat einstimmig beschließt, es ist auszugliedern. Ich bin auch der Meinung, wenn es auszugliedern ist, ich sage es noch einmal, dann muß es eine ganz klare Ausgliederung sein. Es kann nicht sein, daß die Kompetenzen wieder verworren sind, wo der Referent nicht zuständig ist für das Personal, daß für die Umbauten eine andere Abteilung im Hause zuständig ist, daß, wie in anderen Bereichen, der Referent dann nur als Moderator hier ist, der halt die ganzen Anträge verliert, bzw. bei der Weihnachtsfeier eine Rede hält. Das soll nicht sein, das darf nicht sein, das haben wir hinter uns, und nebenbei können wir uns das gar nicht leisten, so weiter zu tun. Es geht nicht. Wir sind an der Grenze der Finanzierbarkeit angelangt. Wir brauchen den Bewohnern in Münchenholz auch nicht bei Stadtteilgesprächen Altenheime oder Dependancen versprechen, wenn wir die bestehende Struktur nicht einmal erhalten können. Wenn dann noch, über uns hinaus, die Landesregierung in Person von Landesrat Ackerl vorschlägt, ihr müßt noch geprüfte Leute einstellen, aber zahlen müßt ihr sie selber, und dort habt ihr Nachholbedarf, und da haben wir Nachholbedarf, und das geht nicht. Dann muß ich mich wirklich fragen, „können wir uns das leisten“, weil, wenn wir so weitertun, wird es ein „Aus“ geben. Dann wird niemand mehr gepflegt. Wir müssen bei Zeiten diese Strukturen erkennen und ändern. Ansonsten geht das schief.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht zu diesem Thema noch jemand das Wort?

Abgesehen davon, ob wir uns das leisten können, wir sind alle verpflichtet, daß wir zum Wohle unserer alten Bürger etwas machen. Das ist Grundbedingung.

ZWISCHENRUF FRAU GEMEINDERÄTIN BAUER:

Eine Filiale aufmachen

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Es hat auch niemand gesagt, daß wir eine Filiale aufmachen, und es wurde auch nicht erwähnt, daß wir das Geld nicht haben, daß wir in Münchenholz sofort ein Altenheim bauen können.

UNVERSTÄNDLICHER ZWISCHENRUF FRAU GEMEINDERÄTIN FELICITAS BAUER

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Was ist denn das für eine Disziplin?

STADTRAT KARL HOLUB:

Das ist überhaupt keine Disziplin. Das ist die Wahrheit.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Herr StR. Holub das Schlußwort bitte.

STADTRAT KARL HOLUB:

Das alles „drunter und drüber“ geht, das möchte ich so nicht im Raum stehen lassen. Es ist nur nicht alles so koordiniert, wie es sein sollte. Das ist also wirklich wahr. Über das Betriebsführungsmodell wird es, so hoffe ich doch sehr, demnächst eine endgültige Entscheidung geben. An mir liegt es nicht. An mir liegt es wirklich nicht. Ich habe auch das Betriebsführungssystem nicht einzusetzen, sondern das hat der GR. einzusetzen. Wenn ich im vergangenen Jahr schon die ersten Ansätze

gemacht habe, eine Verselbständigung in die Antragsvorbereitung zu bringen, und wenn wir im Juli diesen Termin heuer dann endlich gefunden haben und jetzt ein Vorschlag zu einer strukturellen Sanierung im Berichtsweg entwickelt wird, dem GR. aber noch nicht vorgelegt ist, so kann ich also nichts anderes tun, als zu sagen, daß ich mich wirklich sehr bemüht habe, das voran zu treiben, und daß der Magistratsdirektor Anfang November die entsprechende Weisung gegeben hat, daß das auch tatsächlich weiterzuführen ist. Soweit sind wir. Es hat jetzt keinen Sinn, wenn ich Punktationen hier vortrage, denen im Detail keiner folgen kann. Das Ziel ist, die Verselbständigung nach kaufmännischen Gesichtspunkten, damit wir die Kostentransparenz herstellen können, die wir nach der Kammeralistik nicht haben. Das zweite Ziel ist, die Verantwortungsebene bei der Leitung des Hauses zu lassen und sonst nirgends, weil dort gehört sie hin, und die Entscheidungsebene dem GR. in die Vorbereitung hin zu übertragen und in die Aufsicht. Das ist also die Ausgliederung, die stattfinden muß und nichts anderes. Wir können uns aber über die Kosten im Altenheim noch stundenlang auseinandersetzen. Da sind die baulichen Kosten noch die kleinsten. Ich weiß, daß es die Personalkosten sind, die das Alten- und Pflegeheim gut oder nicht gut dastehen lassen. Abgesehen von den Baumängeln, die könnten wir mit S 30 Mio., wenn wir die zur Hand nehmen, auf einen Schlag beheben. In einem Jahr sind wir fertig mit dem Bau. Das ist das Lösbare daran. Das weniger Lösbare daran ist die Situation der Dienstpläne z.B., das ist die ewige Verflechtung zwischen den Interessen der institutionalisierten Personalvertretung und den Interessen der Schutzbedürftigen und den Interessen derer, die für das ganze aufkommen müssen, nämlich die Bewohnerinnen und Bewohner und letztendlich die Summe aller Steyrerinnen und Steyrer, für die wir vertretend hier im GR. sind. Da haben wir die Schwierigkeit, daß man in bestehende Rechte ja ganz, ganz schlecht eingreifen kann, auch nicht durch Ausgliederungen, weil man eine Pflege mit einem Personal, das einen davon gelaufen ist, in aller Regel nicht durchführen wird können. Es ist also eine reine Frage des Hausverständes und auch eine Bitte an die Personalvertretung im Haus, sie sollen weniger Leserbriefe schreiben, sondern sich für wirklich verantwortungsbewußte Gespräche mit dem Souverän der Stadt, nämlich dem GR., herbeifinden. Das wäre der Geist, in dem man schwierige Situationen bewältigt und nicht mit „Pinkeln ans Schienbein“. Das wäre also mein Wunsch an die Zukunft, daß wir das Thema, das der GR. offensichtlich in seiner epischen Breite vollständig als schwierig erkannt hat, tatsächlich auch in die Absicht bringen, es zu lösen. Sonst diskutieren wir noch stundenlang weiter. Zum vorliegenden Antrag bitte ich sie um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, der gebe ein Zeichen mit der Hand.

Jemand dagegen? Jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ich würde vorschlagen, daß wir bis 17 Uhr eine kurze Pause machen.

PAUSE VON 16.42 - 16.55 UHR

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich eröffne die unterbrochene Sitzung, und darf als nächsten Berichterstatter Hrn. StR. Ing.

Schloßgangl bitten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des GR. In meinem ersten Antrag geht es um die Errichtung von Stützpfeilern zur Unterstützung der Stützmauer Schlüsselhofgasse beim Anwesen der Fam. Hack-Payrleithner, Fischergasse 9.

Mein Antrag lautet:

8) BauH- 65/95 Errichtung von Stützpfeilern zur Unterstützung der Stützmauer Schlüsselhofgasse beim Anwesen der Fam. Hack/Payrleithner, Fischergasse 9;

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gemäß dem Vorlagebericht des GB III/FA Tiefbau vom 2. 10. 1995 wird den Stützmauersanierungsarbeiten in Höhe von S 90.445,98 durch den städt. Wi-Hof sowie der Kreditübertragung in Höhe von S 90.500,-- von VAST. 5/6120/728000.0 nach VAST. 5/6121/002210.0 zugestimmt.

Ich bitte um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke Hr. StR. Wird das Wort gewünscht? Keine Wortmeldung gewünscht. Wer dafür ist, daß diese Stützmauern errichtet werden, bitte ich die Hand zu heben. Danke sehr. Jemand gegen diesen Antrag? Nicht der Fall.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Hr. Payrleithner sollte sich eigentlich der Stimme enthalten und nicht mitstimmen.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Wir haben keine Sippenhaftung Hr. Stadtrat.

GROSSES GELÄCHTER

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Oh, das ist sehr gut.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag betrifft den Ausbau der Gußwerkstraße.

Mein Antrag lautet:

9) BauStr - 10/95 Ausbau der Gußwerkstraße BA IV, von der Mannlicherstraße bis zur Voralpenbundesstr.; Grundeinlöse von der Steyr-Daimler-Puch AG;

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 3. 10. 1995 wird der Grundeinlöse aus dem Besitz der Steyr-Daimler-Puch AG für den 4. und letzten Bauabschnitt der Gußwerkstraße von der Mannlicherstraße bis zur Voralpenbundesstraße zu den vorhandenen Grundpreisen des 2. und 3. Bauabschnittes, für Grünland S 120,--/m² und für gewerblich genutzte Flächen S 370,--/m², zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden bereits freigegebene Mittel in Höhe von S 60.000,-- bei VAST. 5/6120/002030.4 herangezogen und die restlichen Mittel von S 500.000,-- durch eine Kreditübertragung von VAST. 5/6120/002080.9 zu VAST. 5/6120/002030.4 bewilligt und freigegeben.

Ich bitte auch hier um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Dazu eine Wortmeldung gewünscht? Nicht der Fall. Kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, bitte ich um ein Zeichen. Danke. Gegenprobe, Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OHTMAR SCHLOSSGANGL:

Für die Instandhaltung von öffentlichen Straßen ist ein Dringlichkeitsbeschluß erforderlich.

10) BauStr - 11/95 Instandhaltung von öffentl. Straßen;

DRINGLICHKEITSBESCHLUSS

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 9. 11. 1995 wird der Freigabe von zusätzlichen Mitteln in Höhe von S 150.000,-- für die Instandhaltung von öffentl. Straßen bei VAST. 1/6120/611000.9 zugestimmt.

Zum genannten Zwecke werden Mittel in Höhe von S 150.000,-- als Kreditübertragung von jeweils S 50.000,-- von VASSt. 1/6400/600000.8 /VLSA, Strom), VASSt. 1/8160/401000.7 (Beleuchtung, Materialankauf), VASSt. 1/8160/619000.5 (Beleuchtung, Instandhaltung) auf die VASSt. 1/6120/611000.9 bewilligt.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte auch hier ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Dazu eine Wortmeldung gewünscht? Nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung.

ZWISCHENRUF STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Dringlichkeitsantrag wurde im letzten Stadtsenat gestrichen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Somit festgestellt. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, bitte ich ein Zeichen der Zustimmung zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag beinhaltet auch einen Dringlichkeitsbeschluss, und zwar für die Instandhaltung von öffentlichen Kanälen.

11) BauT - 109/95 Instandhaltung von öffentl. Kanälen;

DRINGLICHKEITSBESCHLUSS

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 18. 10. 1995 wird der Freigabe von S 285.000,-- für die Instandhaltung von öffentlichen Kanälen zugestimmt. Zum genannten Zwecke werden Mittel von S 210.000,-- bei VASSt. 1/8110/619020.8 als Kreditüberschreibung bewilligt. Weiters wird den Kreditübertragungen von S 20.000,-- aus VASSt. 1/6310/619000.8 (Konkurrenzwässer), S 20.000,-- aus VASSt. 1/6390/613000.6 (Schutzwasserbau) und S 35.000,-- aus VASSt. 1/6310/770000.3 (Konkurrenzwässer) jeweils auf VASSt. 1/8110/619020.8 zugestimmt.

Die Deckung der Kreditüberschreibung erfolgt durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen

Deckungsmitteln.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte auch hier um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Eine Wortmeldung gewünscht? Nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag betrifft den Bebauungsplan Nr. 46 - „Ennser Straße“ - Änderung Nr. 6 (GFM).

12) Bau Gru - 52/95 Bebauungsplan Nr. 46 - „Ennser Straße“ - Änderung Nr. 6 (GFM)

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der vorliegende Änderungsplan: Bebauungsplan Nr. 46 - „Ennser Straße“ - Änderung Nr. 6 (GFM) - wird entsprechend den Plänen der Fachabteilung Stadtplanung des Magistrates Steyr, datiert mit 9. 8. 1995 sowie nach Maßgabe des vorliegenden Amtsberichtes beschlossen.

Ich bitte auch hier um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Auch nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer dem Antrag Nr.12 die Zustimmung erteilt, bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Er ist somit einstimmig angenommen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Bei dem nächsten Antrag geht es um den Neubau der Wiesenbergbrücke;

13) BauBrü - 620/93 Neubau der Wiesenbergbrücke Fuß- und Radwegunterführung Wiesenberg und Große-Fallen-Brücke; Freigabe zusätzl. Mittel, Kreditübertragung; Schlußrechnung;

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 24. 10. 1995 wird der zusätzlichen Vergabe der Mehrleistung in Höhe von S 1.099.346,86 an die Fa. Ferro-Betonit-Werke AG

zugestimmt.

Zur Begleichung der ausstehenden Schlußrechnungsforderungen der Fa. Ferro-Betonit-Werke AG und der ARGE Hamberger-Ilbau wird der Mittelfreigabe in Höhe von S 237.000,-- bei der dafür vorgesehenen VAST. 5/6120/002270.6 und der erforderlichen Kreditübertragung von VAST. 5/6120/002450.4 (Parkdeck Bahnhof) nach VAST. 5/6120/002270.6 in Höhe von S 723.600,-- zugestimmt.

Ich bitte auch hier um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Dazu eine Wortmeldung? Nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, bitte ich ein Zeichen zu geben. Jemand gegen diesen Antrag? Nicht der Fall. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der letzte Antrag betrifft die Aufschließung Sandmayrgründe; Änderung des Aufschließungsübereinkommen mit Hrn. Dipl.-Ing. Proyer;

14) Ha - 6604/92 Aufschließung Sandmayrgründe; Änderung des Aufschließungsübereinkommens mit Hrn. DI Proyer;

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 7. 11. 1995 wird der Änderung des Aufschließungsübereinkommens mit Herrn Dipl.-Ing. Proyer für die Sandmayrgründe zugestimmt. Weiters soll für die Fertigstellung der Zufahrt Hofergraben zu den Sandmayrgründen und zum Wohnbau der Raika (ehem. Beer & Janischofsky-Liegenschaft) ein Ergänzungsauftrag des Asphaltierungsprogrammes 1995 um S 143.910,02 inkl. MWSt. an den Billigstbieter, Fa. Zwettler BaugesmbH, Steyr, übertragen werden. Die erforderlichen Mittel von S 144.000,-- werden durch eine Kreditübertragung von VAST. 5/6120/002210.2 (Sandmayrgründe) zu VAST. 5/6120/002000.7 (Asphaltierungsprogramm) bewilligt. Die Freigabe erfolgte bereits im Gemeinderat vom 26. 1. 1995.

Ich bitte auch hier um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wünscht dazu jemand das Wort? Auch nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Niemand. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Danke Herr Koll. Schloßgangl.

Nächster Berichterstatter, Herr Stadtrat Ing. Spanring bitte.

BERICHTERSTATTER GEMEINDERAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. In meinen heutigen beiden Anträgen handelt es sich um den RHV. Bevor ich auf diese Anträge eingehe, möchte ich kurz berichten, daß heute der Umweltpreis des Landes OÖ vergeben wurde. Von 111 Einreichern wurden 52 prämiert. Darunter 3 Steyrer Firmen: BMW-Motoren Werk, Schörkhuber und Hofer OHG, die Firma Weizinger und - ich möchte hier doch mit großem Stolz berichten - der RHV Steyr und Umgebung mit seinem Projekt, daß der RHV das in der Kläranlage entstehende Faulgas sowie das auf der Mülldeponie vorkommende Deponiegas zu einer Strom- und Wärmeerzeugung verwendet. Ich möchte das nur sagen: Das haben wir als RHV bekommen, und ich möchte diese Stelle auch nützen, mich bei den Mitarbeitern und der Geschäftsführung des RHV für ihre Arbeit zu bedanken, die hier wirklich Ausgezeichnetes, dieser Preis zeigt es, leisten.

BEIFALLSKUNDGEBUNG VERSCHIEDENER MANDATARE

Damit komme ich nun zu meinen Anträgen: Im ersten Antrag geht es um die Übernahme von Haftungen für die letzten Bauabschnitte 09 - 19, und ich ersuche den Gemeinderat, die Haftung zu übernehmen.

Mein Antrag lautet:

15) Fin-5/95 Übernahme von Haftungen für Darlehen des RHV Steyr und Umgebühr die Bauabschnitte 09 - 19.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Finanzen vom 9. 11. 1995 wird der Aufnahme eines Darlehens in der Höhe von S 22.000.000,-- bei der RAIKA Garsten-Steyr rGenmbH, Stadtplatz 46, 4400 Steyr, durch den RHV Steyr und Umgebung gem. beiliegendem Schuldschein und der Übernahme der Ausfallhaftung durch die Stadt Steyr gem. § 1356 ABGB für dieses Darlehen bis zu einem Betrag von S 147.400,--, vorbehaltlich der hiezu erforderlichen aufsichtsbehödl. Genehmigung, zugestimmt.

Weiters wird den beiliegenden Schuldschein für ein Darlehen in der Höhe von S 36.700.000,-- bei der Oberöstr. Landesbank, Landstraße 38, 4020 Linz bzw. für ein Darlehen in der Höhe von S 70.000.000,-- bei der RAIKA Garsten-Steyr rGenmbH, Stadtplatz 24, 4400 Steyr, für die mit Beschluß des Gemeinderates von 8. 6. 1995 Haftungen in der Höhe von S 9.042.880,-- bzw. S 16.665.264,-- übernommen wurden, zugestimmt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wird das Wort zu diesem Antrag gewünscht? Herr GR. Dr. Tilman Schwager bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren. Ansich handelt es sich hierbei nur um eine Ausfallbürgschaft, die die Stadt für den RHV übernimmt. Ich habe hier auch keine Bedenken gegen die Übernahme dieser Ausfallbürgschaft. Ich habe nur einen kleinen Schönheitsfehler im Bericht gefunden, der vielleicht durch einen Satz im Schlußvortrag bereinigt oder ergänzt werden könnte. Beim Verwendungszweck, wofür diese Gelder verwendet werden sollen, steht nur für „diverse Bauten“. Das ist mir ein bisserl zu mager, bei Beträgen dieser Größenordnung. Es wäre doch schön, wenn man darüber etwas mehr wüßte. Im übrigen kann ich mich dem nur anschließen, was der Hr. StR. Spanring schon gesagt hat, daß die Arbeit vom RHV wirklich hervorragend ist, und daß es hier nicht nur das Werk hervorragender Fachbeamten, wie Ing. Deutschmann oder Gergelyfi ist, sondern auch unseres, schon in Pension gegangenen, Vizebürgermeisters, der ein besonderer Kenner der Materie war.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wird noch eine Wortmeldung sichtbar? Nicht der Fall. Schlußwort bitte Hr. Referent.

GEMEINDERAT ING. DIETMAR SPANRING:

Betreffend diverser Bauvorhaben: Das sind die Kanalanlagen Richtung Dietach, Richtung Sierning, die Regenrückhaltebecken, die wir in den einzelnen Kommunen und Gemeinden errichten müssen. Das ist ein Auftrag seitens des Landes, daß einfach die fortgeschrittene Bautätigkeit auch bei uns in Steyr eben solche Bauvorhaben erfordert und vorgeschrieben werden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Damit beantwortet Hr. Koll. Schwager?

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Danke sehr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag, oder übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BERICHTERSTATTER GEMEINDERAT ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem nächsten Antrag geht es um die Änderung von in der Vergangenheit übernommenen Haftungen der Stadt von einem 100%igen Anteil zu einem nunmehrigen Haftungsanteil von 61,51 % durch die Stadt, und ich ersuche den Gemeinderat, diese Ausfallhaftungen zu übernehmen.

Mein Antrag lautet:

16) Fin-227/95 Übernahme von Haftungen für Wasserwirtschaftsfondsdarlehen des RHV Steyr und Umgebung für die Bauabschnitte 01 und 04 - 08.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Finanzen vom 10. 11. 1995 wird der Übernahme nachstehend angeführter Haftungen für die Wasserwirtschaftsfondsdarlehen des RHV Steyr und Umgebung für die Bauabschnitte 01 und 04 - 08 bei gleichzeitiger Außerkraftsetzung der bisher übernommenen Haftungen für diese Bauabschnitte - vorbehaltlich der hiezu erforderlichen aufsichtsbehördlichen Genehmigung - zugestimmt.

Bauabschnitt 01, aushaftend-per 08/94 S 40.206.232,80, neue Haftung der Stadt Steyr S 24.730.853,80, Anteil in % 61,51 %.

Bauabschnitt 04, aushaftend-per 08/94 S 27.665.162,00, neue Haftung der Stadt Steyr S 17.016.841,14, Anteil in % 61.51 %.

Bauabschnitt 05, aushaftend-per 08/94 S 68.369.733,90, neue Haftung der Stadt Steyr S 42.054.223,32, Anteil in % 61.51 %.

Bauabschnitt 06, aushaftend-per 08/94 S 41.165.161,20, neue Haftung der Stadt Steyr S 25.320.690,65, Anteil in % 61.51 %.

Bauabschnitt 07, aushaftend-per 08/94 S 36.663.093,80, neue Haftung der Stadt Steyr S 22.551.469,00, Anteil in % 61.51 %.

Bauabschnitt 07, aushaftend per 08/94 S 28.000.000,00, neue Haftung der Stadt Steyr S 17.222.800,00, Anteil in % 61,51 %.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es dazu noch eine Wortmeldung? Nicht der Fall, daher kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Ist jemand gegen den Antrag?. Nicht der Fall. Stimmenthaltung wird nicht geübt.

Damit ist auch der Antrag 16) einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft. Wir haben heute S 2.808.000,-- durch unsere Beschlüsse ausgegeben. Das war sehr sparsam im Vergleich zu anderen Sitzungen.

Ich darf fragen, ob die SPÖ-Fraktion unter Aktueller Stunde ein Thema anzusprechen wünscht? Nicht der Fall.

FPÖ-Fraktion? - Nein

ÖVP-Fraktion? - Nein

Grüne? - Nein.

Ich bedanke mich für diese Einheitlichkeit.

APPLAUS

Ich bedanke mich für die Mitwirkung an der Sitzung und schließe diese um 17.19 Uhr.

ENDE DER SITZUNG UM 17.19 UHR.

-

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr e.h.

-

DIE PROTOKOLLFÜHRER: DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Anton Obrist e.h. Klaus Jansky e.h.

Heidi Wagner e.h. Helmut Oberreiter e.h.